

# Konzerngeschäftsbericht 2017





# Konzernabschluss 2017 und Konzernlagebericht

Konzernlagebericht	
Grundlagen des Konzerns	6
Wirtschaftsbericht	7
Personal- und Sozialbericht	18
Risikobericht	19
Prognosen- und Chancenbericht	27
<hr/>	
Konzernabschluss	
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017	30
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	46
<hr/>	
Konzernanhang	
Grundsätze	35
Erläuterungen zur Konzernbilanz	40
Erläuterungen zur Konzerngewinn- und Verlustrechnung	46
Sonstige Angaben	48
<hr/>	
Konzern-Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	50
<hr/>	
Konzern-Eigenkapitalpiegel zum 31. Dezember 2017	51
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	52
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrates	56
<hr/>	



# Auf einen Blick

		2017	Veränderung	2016	2015	2014
<b>Versicherte</b>	Personen	47.760	-783	48.543	48.970	47.540
> Anwärter	Personen	27.570	-1.354	28.924	29.772	28.369
> Rentner	Personen	20.190	571	19.619	19.198	19.171
<b>Bilanzsumme</b>	Mio. EUR	1.944,3	-0,6 %	1.955,3	2.007,2	2.072,7
<b>Kapitalanlagen</b>	Mio. EUR	1.900,5	-1,3 %	1.925,5	1.980,4	2.037,4
<b>Deckungsrückstellung</b>	Mio. EUR	1.737,8	-0,7 %	1.749,7	1.738,7	1.767,9
<b>Beitragseinnahmen</b>	Mio. EUR	43,5	-2,9 %	44,8	83,9	49,7
> davon laufende Beiträge	Mio. EUR	33,3	5,4 %	31,6	29,7	30,9
> Einmalbeiträge	Mio. EUR	10,2	-22,7 %	13,2	54,2	18,8
<b>Erträge aus Kapitalanlagen</b>	Mio. EUR	57,6	-0,3 %	57,8	74,3	73,8
> davon laufende Erträge	Mio. EUR	55,9	-1,2 %	56,6	62,6	72,7
> a. o. Erträge	Mio. EUR	1,7	41,7 %	1,2	11,7	1,1
<b>Versicherungsleistungen</b>	Mio. EUR	53,0	-0,2 %	53,1	52,4	149,8
> davon Rentenleistungen	Mio. EUR	46,3	-3,1 %	47,8	48,1	72,9



# Konzernlagebericht

---

Grundlagen des Konzerns

Wirtschaftsbericht

Personal- und Sozialbericht

Risikobericht

Prognosen- und Chancenbericht

# Grundlagen des Konzerns

Muttergesellschaft des VERKA-Konzerns ist der VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG (VERKA VK) mit Sitz in Berlin. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2017 legt der VERKA VK einen konsolidierten Abschluss vor, in den die hundertprozentige Tochtergesellschaft, die VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG (VERKA PK), einbezogen wurde.

Der VERKA VK hält 100 % der Anteile an der VERKA PK und ist damit alleiniger Aktionär.

Die Muttergesellschaft, VERKA VK, betreibt als deregulierte Pensionskasse Rentenversicherung im Wege der Rückdeckungsversicherung und ist im Raum der evangelischen Kirche tätig. Darüber hinaus wurde mit Schreiben vom 7. Juni 2015 die Erlaubnis zum Betrieb der Sparte Geschäfte der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen erteilt. Die Bestände werden jeweils in besonderen Abrechnungsverbänden geführt.

Besondere Abrechnungsverbände bestehen für die

- > Zusatzversorgungskasse der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers,
- > Evangelische Kirche der Pfalz,
- > Evangelisch-reformierte Kirche,
- > Evangelisch-altreformierte Kirche in Niedersachsen,
- > Evangelisch-reformierte Kirche in Bayern,
- > Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck,
- > Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz,
- > Evangelisch-methodistische Kirche,
- > Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).

Die Tochtergesellschaft, VERKA PK, betreibt als deregulierte Pensionskasse die Renten- und Sterbegeldversicherung im Wege der Direkt- und Rückdeckungsversicherung und ist vornehmlich im Raum der evangelischen Kirche, der Diakonie und freien Wohlfahrtspflege tätig.

# Wirtschaftsbericht

## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2017 war ein insgesamt gutes Börsenjahr. Die Weltwirtschaft ist erstaunlich stark gewachsen. Die Aktienkurse haben bei sehr geringen Kursschwankungen zugelegt. Die Konjunktur läuft überall gut, Überhitzungserscheinungen sind jedoch nirgends auszumachen; die Inflationsraten sind weltweit niedrig, von lange befürchteten Deflationsgefahren kann andererseits aber auch keine Rede mehr sein. Politische Risiken, die noch zu Jahresbeginn eine große Drohkulisse bildeten, hatten keinen spürbaren Einfluss auf die Wirtschaft und die Kapitalmärkte. Die in Kraft getretene US-Steuerreform und die Entspannung im Nordkorea-Konflikt haben zu diesem positiven Bild beigetragen. Die Finanzkrise scheint mit ihren Verwerfungen beendet zu sein. Verbraucher und Unternehmen schätzen ihre Lage als überwiegend positiv ein und schauen mit Zuversicht in die Zukunft. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern faktisch weltweit. Am weitesten ist der Konjunkturzyklus in den USA vorangeschritten. Dort wächst die Volkswirtschaft seit acht Jahren ohne nennenswerte Rückschläge. In Europa ist es weniger die Dauer des Aufschwungs, die verblüfft, sondern vielmehr seine Breite und Dynamik. Alle 19 Mitgliedstaaten befinden sich in einer nachhaltig stabilen Wachstumsphase. Der Konsum treibt die Konjunktur auf nationaler Basis an, und vor dem Hintergrund der guten weltweiten Konjunkturentwicklung werden die Exporte beflügelt. Selbst die Investitionen, die lange Zeit das Sorgenkind der Konjunktur waren, tragen inzwischen aktiv zum Wachstum bei.

Der jahresdurchschnittliche BIP-Anstieg in Deutschland lag in 2017 laut Statistischem Bundesamt bei 2,2 %. Damit konnte die Potenzialrate von 0,35 % erneut deutlich übertroffen werden, was darauf schließen lässt, dass sich die Wirtschaft – auch dank der kräftigen Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) – in einer frühen Phase der Hochkonjunktur befindet. Dies wird auch durch die stark ausgelasteten Kapazitäten und die Situation auf dem Arbeitsmarkt untermauert, der faktisch durch Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist. Löhne und damit auch die Inflation steigen allerdings bislang nur moderat. Hierfür werden als Gründe die Digitalisierung, die Preistransparenz durch das Internet und die Globalisierung angeführt, die dazu führen, dass die Lohn- und Kostenspirale früherer Zyklen heute sehr viel gedämpfter wirkt.

Die Zinsniveaus liegen in vielen Ländern nach wie vor nahe ihren historischen Tiefs. Die insbesondere von der Lebensversicherungsbranche erhoffte Zinswende wird zwar zunehmend diskutiert und eine Reduzierung der geldpolitischen Maßnahmen durch die EZB auch zögerlich in Angriff genommen, eine deutliche Zinserhöhung wurde damit aber vor allem in Europa bisher noch nicht ausgelöst. Fakt ist aber, dass die geldpolitische Expansion ihren Zenit zumindest erreicht, wenn nicht sogar schon überschritten hat. In der fortgeschrittenen konjunkturellen Entwicklung in den USA ist die Zinswende dagegen mit bereits fünf Leitzinserhöhungen definitiv vollzogen. Vor diesem Hintergrund war der Anlagedruck bei den institutionellen Anlegern und Kapitalsammelstellen im abgelaufenen Berichtsjahr noch nie größer. Insbesondere bei den Anlegern, bei denen die liquiden Anlagen im Fokus stehen – wie eben vor allem den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds – gab es nur die Alternative, und zwar bewusst höhere Risiken einzugehen, um die Garantieverprechen dauerhaft erfüllen zu können. Den sogenannten „sicheren“ Zins aus früheren Jahren gibt es nicht mehr. Dabei erhöht sich zudem die Gefahr, dass im beschriebenen aktuellen Umfeld aufkommende Zinsänderungsrisiken die Anleiheerträge aufzehren könnten.

Der „Geldanlagestau“ der deutschen Privatanleger hat sich im vorigen Jahr weiter vergrößert. Denn mit den leicht erhöhten Inflationsraten drehte der Realzins mit -0,8 % stark ins Minus. Für die privaten Haushalte hierzulande bedeutete das Wertverluste ihres Geldvermögens von 38 Mrd. EUR. Nach vorläufigen Berechnungen dürften die Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland im vergangenen Jahr gleichwohl um rund 300 Mrd. EUR auf 6,1 Bio. EUR gestiegen sein. Mit 5,2 % lag das Wachstum über dem von 2016 (+4,7 %). Getragen wurde der Vermögenszuwachs 2017 erneut vom Sparfleiß der Bürger und Kursgewinnen an den Aktienmärkten. Die Verzinsung von Einlagen, Rentenpapieren und Versicherungen erreichte dagegen einen neuen Tiefpunkt. Offenbar lassen sich die privaten Haushalte bei ihren Sparbemühungen jedoch nicht von den extrem niedrigen Zinsen entmutigen und legen einen wachsenden Anteil ihres verfügbaren Einkommens zur Seite. So stieg die Sparquote im vierten Jahr in Folge auf inzwischen 9,8 %.

## Branchenentwicklung

Die Lebensversicherung verzeichnete laut Verbandsangabe im Jahr 2017 einen minimalen Beitragsrückgang von 0,1 %; auf 90,7 Mrd. EUR. Mit 26,1 Mrd. EUR lief vor allem das Neugeschäft mit Einmalbeiträgen besser als erwartet (-0,5 %). Die Einnahmen durch neu abgeschlossene Verträge mit laufenden Beiträgen verringerten sich auf 5,2 Mrd. EUR (-4,6 %). Die Stornoquote dürfte wie im Vorjahr bei 2,7 % liegen.

Einen weiter wachsenden Anteil in der Lebensversicherung machen Produkte mit alternativen Garantiekonzepten aus. Im Neugeschäft entfallen darauf inzwischen knapp 50 %, während der Anteil klassischer Policen mit durchgehender Garantieverzinsung auf etwa 40 % gesunken ist.

In der betrieblichen Altersversorgung zählten die Versicherer 15,7 Mio. Verträge (+1,9 %). Das Beitragsvolumen von 19,4 Mrd. EUR macht mittlerweile einen Anteil von 21,3 % an den gesamten Beitragseinnahmen Leben aus. Im Jahr 2000 waren es noch 12,7 %. Die verdienten Beiträge der Pensionskassen summierten sich nach aktuell verfügbaren Informationen im Jahr 2016 auf etwa 6,7 Mrd. Euro und erhöhten sich damit im Vergleich zum Vorjahr um ca. 1,5 %. Im Jahr 2015 waren sie noch um 1,6 % gesunken. (Quelle: Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e. V. (GDV), Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin))

## Geschäftsverlauf und Lage

Die beiden Kassen der VERKA verzeichneten nach den Jahren der strategischen Restrukturierung des VERKA-Verbundes sowie der Neuordnung der Rückdeckungsversicherungsverträge mit den Landeskirchen und der EKD ein Jahr ohne besondere Vorkommnisse. Durch intensive Bestandsarbeit konnten die Beziehungen sowohl zu den Landeskirchen und zur EKD sowie mit den zahlreichen diakonischen Einrichtungen und sonstigen Versicherungsnehmern weiter verfestigt werden, was sich entsprechend durch Neuansmeldungen im Bestand niederschlug. Allerdings wird dieser Effekt bei der VERKA VK überlagert durch die planmäßige Abwicklung der Versichertenbestände der Zusatzversorgungskasse der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über einen Zeitraum von 10 Jahren. Die vollständige Wiederanlage der freiwerdenden Mittel erfolgt hier im Gegenzug in ein durch die VERKA mitverwaltetes Kapitalanlagemandat.

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche aussichtsreiche Gespräche sowohl mit den einzelnen Mitgliedsunternehmen als auch anderen Landeskirchen im Hinblick auf den Ausbau bzw. die mögliche

Aufnahme von Geschäftsbeziehungen zur VERKA geführt. Hierbei wurde insbesondere Interesse erkennbar an Produkten zur Kapitalanlagenverwaltung. Hierzu wurden im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) wie auch des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB) unterschiedliche Lösungsansätze zum Aufbau und der Verwaltung von Kapitalanlageportfolien erarbeitet. Die VERKA sieht hier ein großes Geschäftspotenzial, das sie in den kommenden Jahren sukzessive ausschöpfen will.

Bei der Tochtergesellschaft wurden die Produkt-, Bestands- und Vertriebsstrategie überarbeitet und neu formuliert. Im Mittelpunkt steht dabei der Wunsch der Kunden nach Produkten mit alternativen Garantiekonzepten. Hierzu gehört insbesondere auch die betriebliche Altersversorgung auf der Basis der fondsgebundenen Lebensversicherung. Die Erlaubnis der BaFin zum Betrieb dieser Sparte wurde im Verlauf des Jahres entsprechend beantragt und auch erteilt. Entsprechende Produkte wurden im Verlauf des Jahres bis zur Marktreife erarbeitet und werden ab 2018 vermarktet.

Die Entwicklung der VERKA PK verlief im Geschäftsjahr vor dem Hintergrund stagnierender Versicherungsbestände und sinkender Beitragseinnahmen befriedigend. Das Ergebnis wurde zunehmend durch das anhaltende niedrige Zinsniveau belastet, dies wurde aber durch den wachsenden Kapitalanlagenbestand, der zur höheren Erträge führte, wieder kompensiert. Weiterhin wurde das Ergebnis durch die weitere Erhöhung der Zinszusatzreserve – bedingt durch das niedrige Niedrigzinsumfeld – verringert.

Zur weiteren Verbesserung des Kundenservices wurden im Berichtsjahr weitere maßgebliche Fortschritte bei der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems erzielt. Hier ist es das Ziel, bis Ende 2018 eine weitgehend papierlose Bearbeitung aller Vorgänge im VERKA-Verbund (Versicherungsverträge, Rechnungen sowie sonstige Dokumente und Unterlagen) umgesetzt zu haben. Hierzu gehören auch die elektronische Briefschreibung und die kontinuierliche Weiterentwicklung unseres webbasierten Bestandsführungssystems. Diese sind die Grundvoraussetzungen für den Aufbau eines Online-Portals, über das unsere Kunden künftig papierlos mit den Unternehmen des VERKA-Verbundes kommunizieren können. Hier konnten im Geschäftsjahr erhebliche Fortschritte verzeichnet werden.

Die Arbeiten für die energetische Sanierung unseres Verwaltungsgebäudes in Berlin, die im Zusammenhang mit der Erfüllung bau- und brandschutzrechtlicher Auflagen geboten sind, wurden plangemäß im Frühsommer 2017 begonnen und sind weit fortgeschritten. Bis zum Frühjahr 2019 soll das gesamte Gebäude unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten energieeffizient umgebaut werden. Ziel ist hier das Erreichen eines sogenannten DGNB Gold-Zertifikates der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen auf der Basis einer betriebswirtschaftlich optimierten Bewirtschaftung des Gebäudes.

Wir sehen diese Maßnahme im Kontext unseres Nachhaltigkeitsansatzes nicht nur im Bereich der Kapitalanlagen als dringend erforderlich an. Unsere Bemühungen um umweltverträgliches, sozial- und generationengerechtes Steuern und Verwalten des gesamten Unternehmens finden damit explizit Berücksichtigung. Die Verleihung zahlreicher Auszeichnungen bestätigt uns, dass wir mit diesem Ansatz auf dem richtigen Weg sind. In enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Kirchlicher Investoren (AKI) der EKD haben wir unter anderem auch eine Klimastrategie formuliert und verabschiedet, die die mit klaren Zielvorgaben Eingang in unsere Kapitalanlageportfolien gefunden hat. Die deutliche Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen mit der energetischen Sanierung unseres eigenen Gebäudes und dem Einsatz einer Erdwärmepumpe sowie die Nutzung von Elektrofahrzeugen runden diese Bemühungen ab.

Die Geschäftsentwicklung im Verbund kann vor diesem Hintergrund als erwartungsgemäß beschrieben werden, wobei das niedrige Zinsniveau „naturbedingt“ zu weiter rückläufigen Erträgen aus Kapitalanlagen führte und die Zuführung zur Zinszusatzreserve bei der VERKA PK das Ergebnis belastete. Trotz dieser Ergebnisbelastung konnte auf Konzernebene ein befriedigender Rohüberschuss erzielt werden.

## Versichertenbestand

Zum 31. Dezember 2017 waren 27.570 (Vj. 28.924) Anwärter und 20.190 (Vj. 19.619) Rentner und damit insgesamt 47.760 (Vj. 48.543) Personen bei den Konzernunternehmen versichert.

## Ertragslage

### Beiträge

Im Geschäftsjahr waren im Konzern Beitragseinnahmen in Höhe von 43,5 Mio. EUR (Vj. 44,8 Mio. EUR) zu verzeichnen. Die Reduzierung der Beiträge begründet sich hauptsächlich durch außerordentliche Einmalbeiträge bei der VERKA PK im Geschäftsjahr 2016, die in 2017 nicht in vergleichbarer Höhe erzielt werden konnten. Der Rückgang der Beiträge entspricht damit unseren Erwartungen.

### Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die Gesamterträge aus Kapitalanlagen waren im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr mit 57,6 Mio. EUR (Vj. 57,8 Mio. EUR) nahezu unverändert. Die laufenden Erträge haben sich um 1,2 % auf 55,9 Mio. EUR (Vj. 56,6 Mio. EUR) reduziert. Der Rückgang resultiert in erster Linie aus dem Rückgang der Zinserträge auf 32,1 Mio. EUR (Vj. 35,1 Mio. EUR) infolge des anhaltenden Niedrigzinsniveaus sowie des Abschmelzens des Bestandes verzinslicher Anlagen im Direktbestand (Inhaberschuldverschreibungen, sonstige Ausleihungen und Grundschulddarlehen) zugunsten alternativer Investments und Investmentanteilen. Dieser Rückgang konnte nur zum Teil durch einen Anstieg der Ertragsausschüttungen aus Wertpapier-Sondervermögen auf insgesamt 19,1 Mio. EUR (Vj. 17,1 Mio. EUR) kompensiert werden. Die Erträge aus Immobilien-Sondervermögen sind leicht auf 2,3 Mio. EUR (Vj. 2,4 Mio. EUR) gesunken. Die in den vergangenen Jahren dotierten Fonds für Wohn-, Einzelhandels-, Hotel- und globale Gewerbeimmobilien entwickeln sich weiter sehr erfreulich. Weitere neue Fondszeichnungen, die im Berichtsjahr vorgenommen wurden (Gewerbeimmobilien Europa, Mikro-Apartments Deutschland), werden in den nächsten Jahren zu einer Erhöhung der Erträge aus Immobilieninvestments beitragen. Die Erträge aus alternativen Investments in Form von Beteiligungen und Genussrechten haben sich entsprechend des umsichtigen Bestandsaufbaus auf 2,0 Mio. EUR (Vj. 1,7 Mio. EUR) erhöht. Da sich ein Teil dieser Investments noch in der Investitionsphase befindet und diese planmäßig in den nächsten Jahren weitere Mittel abrufen werden, steigen die Erträge in diesem Bereich in den kommenden Jahren sukzessive weiter an.

Die im Berichtsjahr angefallenen Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von insgesamt 1,7 Mio. EUR (Vj. 1,2 Mio. EUR) resultieren in erster Linie aus dem Abgang von Investmentanteilen, Inhaberschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen. Darüber hinaus

wurden keine die Zukunft belastenden Reserverealisationen zum Zwecke der Ergebnissteuerung vorgenommen. Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB waren wie im Vorjahr keine vorzunehmen.

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr in Höhe von weniger als 0,1 Mio. EUR angefallen (Vj. 1,0 EUR). Diese betreffen Inhaberschuldverschreibungen. Abschreibungen sind in Höhe von 1,0 Mio. EUR (Vj. 0,4 Mio. EUR) erfolgt. Diese betreffen neben der Regelabschreibung auf die selbstgenutzte Büroimmobilie vorgenommene anteilige Wertberichtigungen auf Inhaberschuldverschreibungen sowie Beteiligungen.

### Versicherungsleistungen

Die Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen betragen im Geschäftsjahr insgesamt 53,0 Mio. EUR (Vj. 53,1 Mio. EUR). Die Leistungen verteilen sich auf die zwei Konzernunternehmen wie folgt:

	VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG	VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG	VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG	VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG
	2017 Mio. EUR	2017 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	2016 Mio. EUR
<b>laufende Renten</b>				
Altersrenten	12,8	29,3	12,5	30,8
Berufs- /Erwerbsunfähigkeitsrenten	0,5	0,0	0,4	0,0
Witwen-/Witwer-/Waisenrenten	0,5	3,2	0,5	3,5
	<b>13,8</b>	<b>32,5</b>	<b>13,4</b>	<b>34,3</b>
<b>Kapitalleistungen</b>				
Kapitalabfindungen und andere Kapitalleistungen	5,2	0,0	4,8	0,0
Rückkäufe	0,6	0,9	0,4	0,2
	<b>5,8</b>	<b>0,9</b>	<b>5,2</b>	<b>0,2</b>
<b>Versicherungsleistungen</b>	<b>19,6</b>	<b>33,4</b>	<b>18,6</b>	<b>34,5</b>

### Verwaltungskosten

Die Verwaltungskostenquote (Verwaltungsaufwendungen 1,9 Mio. EUR (Vj. 1,6 Mio. EUR) im Verhältnis zu gebuchten Beiträgen) beträgt im Konzern 4,3% (Vj. 3,6 %), somit hat sich unsere Erwartung bestätigt.

### Konzernergebnis

Die Gesellschaften des Konzerns erwirtschafteten im Berichtsjahr einen Rohüberschuss in Höhe von insgesamt 51,3 Mio. EUR (Vj. 31,1 Mio. EUR), davon wurden 50,7 Mio. EUR (Vj. 30,3 Mio. EUR) in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt, 0,1 Mio. EUR (Vj. 0,5 Mio. EUR) im Wege der Direktgutschrift an die Versicherungsnehmer ausgezahlt und 0,5 Mio. EUR (Vj. 0,3 Mio. EUR) der Verlustrücklage zugeführt. Damit verbleibt ein ausgeglichenes Konzernbilanzergebnis. Somit sind unsere Erwartungen diesbezüglich erfüllt worden.

## Finanz- und Vermögenslage

### Kapitalanlagen

„Tugend, ohne sie ist der Terror verderblich; Terror, ohne ihn ist die Tugend machtlos.“ Der französische Rechtsanwalt, Revolutionär und Politiker Maximilien de Robespierre (\* 6. Mai 1758 in Arras; † 28. Juli 1794 in Paris) wird mit diesem Ausspruch mitnichten an die Kapitalmärkte gedacht haben, zeigten sich doch die globalen Aktienmärkte im Jahr 2017 unerwartet tugendhaft mit immer neuen Höchstständen, während beinahe in jedem Monat des abgelaufenen Jahres weltweit Terroranschläge mit vielen Toten und Verletzten zu verzeichnen waren. Die Intensität und Häufigkeit des Terrors haben ebenso einen neuen Höchststand erreicht. Für einen Großteil der Bevölkerung scheint dies inzwischen zur Normalität geworden zu sein und auch die Kapitalmärkte reagieren zunehmend gelassen mit erstaunlich niedrigen Volatilitäten. Hieran vermochten auch politisch durchaus bedeutsame Ereignisse und eher „unerwartete“ Entwicklungen kaum etwas zu ändern. Der Amtseinführung Donald Trumps als 45. US-Präsident am 20. Januar 2017 folgte – nichts. Groß angekündigte Wirtschaftsprogramme sind bis heute nicht über den Ankündigungsstatus hinaus gelangt. Stattdessen erfolgte im September eine erneute Anhebung der Schuldenobergrenze der USA, um einen ansonsten drohenden Zahlungsausfall zu vermeiden. Inwieweit die als „historisch“ beschriebene, im Dezember 2017 verabschiedete und zum 1. Januar 2018 in Kraft tretende Steuerreform tatsächlich hilfreich ist, wird sich zeigen, wirkt sich diese doch negativ insbesondere in den Bereichen Bildung (Besteuerung von Spendengeldern an stipendiengibende Stiftungen) und Umweltschutz (Zulassung von Ölbohrungen in Naturschutzgebieten Alaskas) aus. Auch die Unterzeichnung eines Dekrets zur Abschwächung des infolge der Finanzmarktkrise von 2007/2008 erlassenen Dodd-Frank-Acts im Februar 2017, dessen Hauptziel die Förderung der Stabilität des Finanzmarkts durch Verbesserung der Verantwortlichkeit und der Transparenz im Finanzsystem bei gleichzeitiger Entlastung des Steuerzahlers durch die Beendigung von staatlichen Rettungsmaßnahmen war, erscheint zumindest fragwürdig. Vermutlich ungeklärt wird die Frage bleiben, ob und ggf. inwieweit Russland in den Wahlkampf von Donald Trump im Jahre 2016 verstrickt war. Die durch das US-Justizministerium im Mai 2017 eingeleiteten Ermittlungen blieben ergebnislos. Die als Tabubruch gewertete Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels Anfang Dezember 2017 schürt Ängste vor weiteren Terroranschlägen.

Ähnlich unempfindsam ist der Kapitalmarkt inzwischen offenbar im Hinblick auf die Ereignisse in Folge des positiven „Brexit“-Votums im letzten Jahr. Die erwartete Antragstellung durch Premierministerin May erfolgte am 29. März, am 19. Juni 2017 begannen die Gespräche zum Austritt Großbritanniens aus der EU, der schließlich offiziell nach einer zweijährigen Übergangsphase zum 30. März 2019 erfolgen soll. Doch die Verhandlungen gerieten schnell ins Stocken. Uneinigkeit herrschte vor allem beim Umgang mit der künftigen EU-Außengrenze auf der irischen Insel, dem Status von EU-Bürgern in Großbritannien und der Höhe der Austrittskosten, die Großbritannien an die EU zahlen muss. Das britische Parlament hat Mitte September 2017 mit einer Mehrheit für einen Gesetzentwurf zum EU-Austritt gestimmt. Der Entwurf dient als möglicher Rechtsrahmen, noch können Änderungen vorgenommen werden. Anfang Oktober 2017 kündigte Theresa May an, den „Brexit“ auch ohne Einigung mit der EU umsetzen zu wollen. Mit dem „Brexit“ will Großbritannien auch aus dem Europäischen Binnenmarkt ausscheiden, was ein Ende der Personenfreizügigkeit bedeuten würde. Waren sollen dann im Rahmen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Großbritannien ausgetauscht werden können. Wie ein solches Freihandelsabkommen konkret aussehen kann, ist noch vollkommen unklar. Am 7. Dezember 2017 verkündete die EU-Kommission nach monatelangen zähen und bislang ergebnislosen Verhandlungen überraschend, es habe „ausreichend Fortschritte“

gegeben, die einen Beginn der zweiten Phase der Verhandlungen mit Großbritannien zum „Brexit“ ermöglichen würden.

Die globalen Kapitalmärkte scheinen inzwischen – ganz im Gegenteil zur Situation vor wenigen Jahren – weitgehend „entpolitisiert“ und damit wieder in erster Linie unter dem Einfluss von Angebot und Nachfrage. Und die Nachfrage war abermals in Anbetracht der weiter andauernden Niedrigzinsphase und dementsprechend mangels Alternativen auf der Anlageseite bei den „Risky Assets“ im Allgemeinen und im Aktienbereich im Speziellen vergleichsweise hoch. Bereits Ende Januar 2017 erklomm der Dow Jones Industrial Average erstmals in seiner 133jährigen Geschichte die Marke von 20.000 Punkten, nur einen Tag später durchbrach der breitere S&P 500 die Marke von 2.300 Zählern und einen Monat später stieg der TecDAX erstmals seit dem Platzen der Technologieblase kurz nach der Jahrtausendwende – damals noch als NEMAX 50 – über den Stand von 1.900 Punkten. Der DAX 30 erreichte schließlich im November 2017 mit 13.526 Punkten sein (bisheriges) Allzeithoch, nachdem der japanische Nikkei 225 tags zuvor das erste Mal seit 1992 die Marke von 23.000 Punkten überschritten hatte. Das positive Momentum nutzten einige große Player für Kapitalmaßnahmen und teils spektakuläre Übernahmen: Im März 2017 legte Snap (US-amerikanisches Social-Media-Unternehmen) mit einem Plus von 44 % am ersten Handelstag ein außergewöhnlich gelungenes Börsendebüt hin – der größte Börsengang seit Alibaba (chinesische Unternehmensgruppe) im Jahr 2014. Im selben Monat verkündete die Deutsche Bank eine 8 Mrd. EUR schwere Kapitalerhöhung und der israelische Hersteller für Fahrassistenzsysteme Mobileye wurde für 15 Mrd. USD von Intel übernommen. Im Juni 2017 gab Amazon.com die Übernahme der amerikanischen Biosupermarktkette WholeFoods für 13,7 Mrd. USD bekannt. Amazon ist längst zum weltweiten Marktführer in nahezu allen Bereichen des (Internet-)Einzelhandels avanciert und macht nun auch den etablierten Lebensmittelhändlern ernsthaft Konkurrenz. Apple erreichte im November 2017 erstmals in seiner Firmengeschichte einen Marktkapitalisierungswert von über 900 Mrd. USD. Die insgesamt sehr positive globale Aktienmarktentwicklung wurde getragen von einer weiter stabilen Gewinnentwicklung der Unternehmen. Die insgesamt überaus positive Entwicklung der bedeutsamsten Standardindizes im Jahr 2017 – dreißig Jahre nach dem Börsencrash am „schwarzen Montag“, dem 19. Oktober 1987 – stellte sich wie folgt dar (nicht währungsbereinigt):

MSCI World:	20,11 %
Dow Jones Industrial Average:	25,08 %
Nikkei 225:	19,10 %
EURO STOXX 50:	6,49 %
DAX 30:	12,51 %
MSCI Emerging Markets:	34,35 %

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass explizit nachhaltig ausgerichtete Aktienindizes wie der MSCI World Select SRI oder der MSCI Europe Select SRI, die im Übrigen beide mit Unterstützung der VERKA Anfang 2017 entwickelt worden waren, im vergangenen Jahr noch besser gelaufen sind als ihre konventionellen Pendanten mit Outperformances von 1 Prozentpunkt oder mehr – Nachhaltigkeit hat sich also ausgezahlt.

Nachhaltig im Sinne von „langfristig“ mussten auch weiterhin Rentenanleger denken, blieb der von einigen Analysten alljährlich vorausgesagte kurzfristige Zinsanstieg doch erneut aus. Während die US-amerikanische Notenbank Fed trotz nur schleppender Belebung des Arbeitsmarktes und langsamen Anstiegs der Inflationsrate immerhin drei Leitzinserhöhungen um jeweils 25 bps im März, Juni und Dezember 2017 vornahm, ist die Eurozone noch weit von Zinserhöhungen entfernt. Zwar wertet die Europäische Zentralbank (EZB) das im Jahr 2015 begonnene Anleihekaufprogramm

(„Asset Purchase Programme“ oder kurz APP) inzwischen als Erfolg und Ende Oktober wurde schließlich eine bereits erwartete Verringerung des Kaufvolumens ab Januar 2018 um die Hälfte auf monatlich nunmehr 30 Mrd. EUR verkündet. Die Laufzeit des Programms wurde aber gleichzeitig bis Ende September 2018 verlängert. In Anbetracht der unverändert geringen Kerninflationsrate und einer nach wie vor eher verhaltenen Investitionstätigkeit wird jedoch davon ausgegangen, dass sich das „Tapering“ auf einen noch längeren Zeitraum erstrecken wird und nur langsam die Volumina weiter reduziert werden, zumal die Emissionstätigkeit insbesondere bei den Corporates in der Eurozone in den vergangenen Monaten sukzessive zurückgegangen ist. Weitgehend einig sind sich die Analysten darin, dass allein aufgrund des „Tapering“ der EZB ein merklicher Zinsanstieg bis auf weiteres noch nicht zu erwarten ist – zu unsicher und heterogen ist noch immer die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone. Während Deutschland weiterhin der wirtschaftliche Motor der Eurozone ist, gehen nach wie vor insbesondere aus Griechenland, Spanien, Portugal und Italien nicht unerhebliche Risiken für den Euro aus. So bezeichnete der IWF Griechenlands Schuldenlast im Januar 2017 als „unhaltbar“ und „langfristig explosiv“, stimmte aber letztlich im Juli 2017 einer weiteren Finanzspritze in Höhe von 1,6 Mrd. EUR zu, nachdem die Eurozone bereits einige Wochen zuvor die Auszahlung einer neuen Hilfstranche in Höhe von 8,5 Mrd. EUR mit Zustimmung des ESM beschlossen hatte. Italien verlor bereits im Januar 2017 auch bei der letzten verbliebenen Ratingagentur DBRS seinen „AA“-Status und ist nun durchgehend in den mittleren „BBB“-Bereich eingestuft. Im Juni 2017 konnte nach Verhandlungen des italienischen Wirtschafts- und Finanzministers Padoan mit der EU in letzter Sekunde ein Ausfall der bereits seit längerem angeschlagenen ältesten Bank der Welt, der BMPS Banca Monte Die Paschi di Siena, durch einen Restrukturierungsplan verhindert werden. Das italienische Bankensystem leidet noch immer unter Spätfolgen der Bankenkrise. Spanien machten neben dem anhaltenden Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und der nur allmählichen wirtschaftlichen Entspannung die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien zu schaffen. Der von scharfen Auseinandersetzungen begleitete positive Ausgang des wenig repräsentativen Referendums Ende September 2017 konnte die Märkte allenfalls kurzfristig beeindrucken und blieb letztlich (vorerst) folgenlos. Das Zinsniveau in der Eurozone zeigte sich insgesamt nahezu unbeeindruckt von diesen Ereignissen. Der zehnjährige EUR-Swapsatz stand zu Jahresbeginn bei 0,66 % p. a. und schloss das Jahr nach einem Zwischenhoch bei 0,99 % p. a. im Juli 2017 auf einem Niveau von 0,89 % p. a. ab und damit nur unwesentlich höher als zu Jahresbeginn. Gleichzeitig setzte sich die Spread-Einengungstendenz bei Corporates und Banken jedoch moderat fort, so dass die erzielbaren Renditen unterm Strich nahezu unverändert blieben. Nahezu unverändert blieb auf Jahressicht auch die zehnjährige Bundesanleihenrendite – am Jahresbeginn bei 0,21 % p. a., nach zwischenzeitlichem Anstieg auf 0,60 % p. a. im Juli 2017 zum Jahresende bei 0,43 % p. a. Bis zu einer Laufzeit von sieben Jahren rentierten Bundesanleihen das ganze Jahr über im negativen Bereich.

Auch für den EUR-USD-Wechselkurs hatten die meisten Analysten zu Jahresbeginn eine Seitwärtsbewegung vorausgesagt. Anfang 2017 belief sich der Kurs noch auf 1,03 EUR/USD – es schien nur eine Frage der Zeit, wann Parität erreicht werden würde. Im Februar 2017 bezeichnete der Leiter des von US-Präsident Trump berufenen National Trade Council (NTC) Peter Navarro den Euro als „deutlich unterbewertet“ und warf Deutschland vor, die niedrige Bewertung der Währung zu verwenden, um insbesondere die USA „auszunutzen“ – der Euro sei eine Art „implizite D-Mark“, dessen niedrige Bewertung Deutschland einen Vorteil gegenüber seinen Handelspartnern verschaffe. Tatsächlich kam es in der Folge – mutmaßlich gestützt von entsprechenden Maßnahmen der Fed – zu einer deutlichen EUR-Aufwertung gegen US-Dollar. Im September 2017 stieg der Wechselkurs auf über 1,20 EUR/USD und hielt sich bis Jahresende auf diesem Niveau. Für die Exportwirtschaft der Eurozone-Staaten bedeutete dies eine Schwächung.

Eine Schwächung für die Weltwirtschaft war zu Jahresbeginn aufgrund der unsicheren Entwicklung in den Emerging Markets befürchtet worden. Neben den Krisenherden im Nahen Osten, Russland / Ukraine, Türkei, Korea und in einigen Staaten Lateinamerikas drohte vor allem eine Abkühlung der chinesischen Wirtschaft mit bremsender Wirkung für die Weltkonjunktur. Letztlich traten entsprechende Schreckensszenarien jedoch nicht ein. Staatliche Maßnahmen der chinesischen Regierung in Form einer schärferen Regulierung des Kapitalmarkts, in deren Folge eine zunehmende Liquiditätsverknappung drohte, führten nur lokal und temporär zu Belastungen. Insgesamt scheint der begonnene Wandel Chinas von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft tendenziell in die richtige Richtung zu gehen. Unterm Strich war 2017 auch aus Sicht der meisten Entwicklungs- und Schwellenländer ein gutes Kapitalmarktjahr, was sich auch an der sehr positiven Performance entsprechender Aktienindizes ablesen lässt (MSCI Emerging Markets siehe oben). Der Indexbetreiber MSCI verkündete gar im Juni 2017, im kommenden Jahr chinesische A-Aktien in seine Schwellenländerindizes mit aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund hat der Konzern im Berichtsjahr seine Maßnahmen zur Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten fortgesetzt und die Diversifikation insbesondere durch Investitionen in nachhaltige alternative Anlagen abseits der klassischen und konventionellen Renten- und Aktienanlage unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit weiter erhöht. Bei der Auswahl sämtlicher Neuinvestitionen wurde und wird strikt auf die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien des Konzerns geachtet. Diese sind explizit Bestandteil der Kapitalanlagestrategie. Der Konzern sieht die Nachhaltigkeit der Kapitalanlagen als gleichberechtigten Anlagegrundsatz neben der Sicherheit bzw. Qualität, Rentabilität und Liquidität der Investments unter Berücksichtigung einer angemessenen Mischung und Streuung innerhalb des Portfolios.

In Anbetracht der anhaltenden Zinskurvensteilheit auf niedrigem Niveau konnte im Berichtsjahr ein Steepener-Schuldscheindarlehen mit einem Nennwert von 25,0 Mio. EUR mit Abgangsgewinn verkauft werden. Ein weiteres Steepener-Schuldscheindarlehen mit einem Nennwert von 20,0 Mio. EUR wurde durch den Emittenten in Anbetracht des weiterhin niedrigen Zinsniveaus erwartungsgemäß gekündigt. Ferner ist ein weiteres Steepener-Schuldscheindarlehen mit einem Nennwert von 5,0 Mio. EUR endfällig abgegangen. Insgesamt konnte somit die Planungssicherheit im Hinblick auf drohende Minderverzinsungen aus den variabel verzinslichen strukturierten Produkten weiter merklich erhöht werden, ein nennenswertes Kumulrisiko ist nicht mehr gegeben.

Die Konzernunternehmen haben sich im Jahr 2017 in Ergänzung zu bestehenden Senior-Secured-Loans- und Direct-Lending-Investments mit einem Zeichnungsvolumen von 5,0 Mio. EUR an einem verbrieften europäischen Private-Debt-Portfolio beteiligt. Hierbei werden ethische und moralische Grundsätze entsprechend der Nachhaltigkeitsanforderungen des Konzerns strikt beachtet. Im Berichtsjahr sind bereits vier Kapitalabrufe durch den Emittenten im Gesamtvolumen von 2,0 Mio. EUR erfolgt.

Des Weiteren wurden Zeichnungszusagen für zwei neue Immobilien-Sondervermögen für europäische Gewerbeimmobilien sowie Mikro-Apartments im Volumen von jeweils 10,0 Mio. EUR abgegeben. Letztere war zum Bilanzstichtag bereits durch einen entsprechenden Kapitalabruf zu 1,8 Mio. EUR erfüllt.

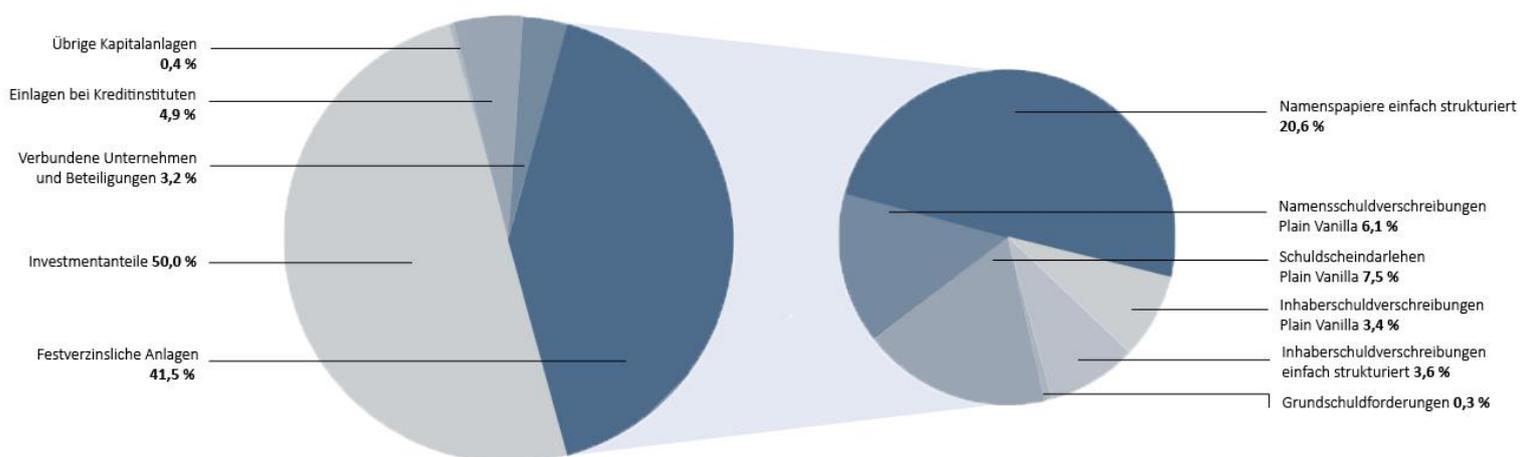
In Anbetracht positiver Markterwartungen hat sich der Konzern mit einem Volumen von 29,0 Mio. EUR an einem neu aufgelegten europäischen Aktien-Spezial-Sondervermögen mit Dividendenfokus unter strikter Beachtung der Nachhaltigkeitskriterien beteiligt und im Gegenzug das

bestehende Aktienmandat leicht reduziert und die Anteile an einem Dach-Hedgefonds zurückgegeben.

Weitere Zugänge waren infolge diverser Capital Calls der bereits in den Vorjahren gezeichneten alternativen Investmentfonds und Immobilien-Sondervermögen zu verzeichnen. Dem gegenüber standen Abgänge aus Fälligkeiten, Kündigungen und Verkäufen verzinslicher Anlagen sowie Kapitalrückzahlungen im Bereich der Beteiligungen und Grundschuldforderungen.

Der Saldo aus Zu- und Abgängen aus dem Kapitalanlagenportfolio des Konzerns war im Berichtsjahr in Anbetracht des negativen Saldos aus Beitragseinnahmen und Leistungsauszahlungen, der planmäßigen Teilauflösung eines Rückdeckungsvertrags zugunsten der Geschäftssparte „Verwaltung von Versorgungseinrichtungen“ mit -24,0 Mio. EUR negativ (Vj. -54,4 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung von Zu- und Abschreibungen belief sich die Veränderung des Kapitalanlagen- volumens insgesamt auf -25,0 Mio. EUR (Vj. -54,9 Mio. EUR), was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % (Vj. -2,8 %) auf 1.900,5 Mio. EUR (Vj. 1.925,5 Mio. EUR) entsprach.

Die Kapitalanlagen waren per 31. Dezember 2017 wie folgt in die unterschiedlichen Assetklassen allokiert:



Der Anteil der **Investmentanteile** ist auf 50,0 % (Vj. 47,2 %) angestiegen. Ursächlich hierfür waren neben der Auflegung neuer Spezial-Sondervermögen im Immobilien- und Aktienbereich Aufstockungen bzw. Kapitalabrufe zur Erfüllung offener Kapitalzusagen. Die aus den beiden Aktienfonds und dem Wandelanleihsensegment im gemischten Wertpapier-Sondervermögen resultierende ökonomische Aktienquote ist mit 8,5 % (Vj. 5,3 %) nach Zeitwerten bzw. 8,6 % (Vj. 5,5 %) nach Buchwerten infolge der positiven Marktentwicklung und der Beteiligung an dem neuen Aktienfonds, die nur anteilig durch Anteilscheinrückgaben bestehender Fonds mit Aktienexposure kompensiert wurde, unter taktischen Gesichtspunkten erhöht worden. Die Angemessenheit der strategischen Zielquote von derzeit noch 5,0 % soll 2018 unter Markt- und ALM-Gesichtspunkten im Rahmen von Asset-Liability-Untersuchungen überprüft werden. Das sich aus den Aktienfonds sowie dem Wandelanleihenmandat ergebende Aktienkursverlustrisiko ist langfristig durch entsprechende Wertsicherungskonzepte weitgehend abgesichert. Dies erfolgt implizit durch eine Limitierung der Volatilität in Verbindung mit einem Optionssicherungskonzept bzw. durch die explizite Vorgabe von Wertuntergrenzen und daraus resultierende Risikopuffer.

Schwerpunkt der Kapitalanlage sind weiterhin – wenngleich mit weiter abnehmender Tendenz – mit 41,5 % (Vj. 44,7 %) festverzinsliche Anlagen im Direktbestand (ohne Einlagen bei Kreditinstituten).

Der Bestand der **Inhaberschuldverschreibungen** ist mit 7,0 % im Vergleich zum Vorjahr (6,6 %) leicht angestiegen. Während der Anteil der Plain-Vanilla-Bonds mit 3,4 % (Vj. 3,3 %) nahezu konstant geblieben ist, war bei den einfach strukturierten Inhaberschuldverschreibungen aufgrund von Neu- und Reinvestitionen ein Anstieg auf 3,6 % (Vj. 3,3 %) zu verzeichnen. In Anbetracht des extrem niedrigen Zinsniveaus sind die Neuanlagen überwiegend in einfach strukturierte kündbare Anleihen erfolgt, um eine hinreichend hohe Rendite zu erzielen.

Der Anteil der **Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen** (ohne Nachträge) ist weiter auf 34,2 % (Vj. 37,7 %) gesunken. Der Anteil der einfach strukturierten Namenstitel sowie Credit-Linked-Schuldscheindarlehen ging aufgrund von planmäßigen Fälligkeiten, Emittentenkündigungen und Verkäufen auf 20,6 % (Vj. 22,3 %), der Anteil der Plain-Vanilla-Namensschuldverschreibungen und -Schuldscheindarlehen mangels Reinvestitionen in diesem Bereich auf 13,6 % (Vj. 15,3 %) zurück. Das Neu- und Wiederanlagevolumen war mit Blick auf das nach wie vor außerordentlich niedrige Zinsniveau sowie die nur eingeschränkt zur Verfügung stehende freie Liquidität mit insgesamt 28,0 Mio. EUR (Vj. 29,0 Mio. EUR) im Verhältnis zum noch immer vergleichsweise hohen Anteil der sonstigen Ausleihungen am Gesamtvermögen weiterhin gering. Verzinsliche Kapitalanlagen in der Direktanlage bestehen überwiegend bei inländischen Kreditinstituten, wodurch das Emittentenrisiko begrenzt ist. Dennoch wurde das Financial Exposure (inkl. Pfandbriefen bzw. Covered Bonds und indirekter Anlagen in Fonds) zur weiteren Risikodiversifizierung im Berichtsjahr weiter auf 46,0 % (Vj. 53,6 %) der gesamten Kapitalanlagen zugunsten anderer Anlagen im Wege der Portfoliodiversifikation reduziert.

Der Anteil der **Grundschuldarlehen** ging zurück auf 0,3 % (Vj. 0,5 %) der gesamten Kapitalanlagen. Da das aktive Darlehensgeschäft aus geschäftspolitischen Gründen im Jahre 2010 eingestellt wurde, wird der Bestand nur noch planmäßig abgewickelt.

Der Anteil der **Einlagen bei Kreditinstituten** blieb unverändert bei 4,9 %. Hier enthalten waren Mittel, die infolge der planmäßigen Teilauflösung eines Versicherungsvertrags zum 31. Dezember 2017 im Januar 2018 an eine Landeskirche ausgezahlt und im Anschluss der Kapitalanlagenverwaltung durch den VERKA VK im Wege der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen zugeführt wurden.

Mit 3,2 % hat sich der Anteil der **Beteiligungen** im Vergleich zum Vorjahr (2,8 %) weiter erhöht. Ursächlich hierfür waren Kapitalabrufe von Infrastruktur-Dachfonds, des Mezzanine-Fonds, des Fonds zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie des Private-Equity-Fonds. Dem gegenüber standen in vergleichsweise geringem Umfang Kapitalrückzahlungen der beiden Beteiligungsgesellschaften in alternative Energien.

Der Anteil der **übrigen Kapitalanlagen** (inkl. festverzinslicher Anlagen mit Nachrang) blieb mit 0,4 % (Vj. 0,4 %) unverändert.

### Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns besteht aus der gemäß § 193 VAG zu bildenden Verlustrücklage in Höhe von 21,6 Mio. EUR.

## Deckungsrückstellung und Risikoverlauf

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 wurde eine Deckungsrückstellung in Höhe von 1.737,8 Mio. EUR gebildet.

Die der Berechnung der Deckungsrückstellung zugrunde liegenden aktuariellen Annahmen werden jährlich im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens für jede Pensionskasse überprüft und – soweit notwendig – angepasst, um angemessene Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen zu gewährleisten.

Um die im Neubestand eingegangenen Zinsverpflichtungen auch in einem Kapitalmarktumfeld mit niedrigem Zinsniveau erfüllen zu können, ist die Deckungsrückstellung gemäß Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren mit dem Referenzzins zu ermitteln, sofern dieser unterhalb des garantierten Rechnungszinses liegt. Der Referenzzins entspricht dabei dem zehnjährigen Mittel von Null-Kupon-Euro-Zinsswapsätzen mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Er lag zum 31. Dezember 2017 bei 2,21 %. Im Neubestand der Konzernunternehmen verwendete Rechnungszinssätze oberhalb des Referenzzinses sind 3,25 %, 2,75 % und 2,25 %. Deswegen wurde zum 31. Dezember 2017 für den Neubestand eine Zinszusatzreserve in Höhe von 16,0 Mio. EUR gebildet. Für den Altbestand der VERKA PK, der mit einem Rechnungszins von 3,5 % begründet wurde, wurden in den Geschäftsplan zur DeckRV analoge Regelungen zur Bildung einer Zinszusatzreserve und ein Referenzzins zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 2,40 % aufgenommen. Dementsprechend wurde hier eine Zinszusatzreserve zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 38,1 Mio. EUR gebildet.

## Liquidität

Der Anteil der Einlagen bei Kreditinstituten betrug 4,9 % der gesamten Kapitalanlagen zum Bilanzstichtag. Der entsprechende Betrag in Höhe von 92,9 Mio. EUR, von dem 14,8 Mio. EUR reserviert waren für die Auszahlung aufgrund einer planmäßigen Teilauflösung eines Versicherungsvertrags zum 31. Dezember 2017 im Januar 2018, war in kurzfristige Festgelder bei einem deutschen Kreditinstitut angelegt. Weitere 17,5 Mio. EUR lagen zum Bilanzstichtag in Form von laufenden Guthaben bei verschiedenen deutschen Kreditinstituten vor. Unter Berücksichtigung der aktuellen Liquiditätslage, der Fälligkeitsstruktur und Liquidität des Kapitalanlagenbestands insgesamt – bei den Anlagen handelt es sich überwiegend um kurzfristig liquidierbare Wertpapiere bzw. Investmentanteile – sowie der Liquiditätsplanung, die sämtliche planmäßigen Cashflows der nächsten zehn Jahre beinhaltet, wird die Liquiditätssituation als angemessen angesehen, so dass die Konzernunternehmen jederzeit in der Lage waren und sind, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

## Personal- und Sozialbericht

Am 31. Dezember 2017 waren 65 (Vj. 64) Mitarbeiter/innen im Konzern angestellt. Das Durchschnittsalter beträgt 46 Jahre (Vj. 45 Jahre). Teilzeitvereinbarungen bestanden mit 18, Altersteilzeitvereinbarungen mit einer Mitarbeiter/innen, die sich in der Freistellungsphase befindet.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbundes gilt unser besonderer Dank für ihren Einsatz, ihre Initiative und ihre Leistungen. Sie haben die Aktivitäten des VERKA Verbundes in einem anspruchsvollen Umfeld mit großem Engagement erfolgreich gestaltet.

## Risikobericht

Das Risikomanagementsystem des Konzerns dient der frühzeitigen Erkennung aller wesentlichen Risiken, die sich negativ auf die Wirtschaftslage des Unternehmens auswirken oder den Bestand des Unternehmens insgesamt gefährden könnten.

### Ziele des Risikomanagements und Risikopolitik

Zentrales Ziel der etablierten Risikomanagementprozesse ist die dauerhafte Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, um die Solvabilität des Konzerns auch in Krisensituationen nicht zu gefährden. Grundlage der Risikopolitik des Konzerns ist ein konservativer Umgang mit allen unternehmensindividuellen Risiken, wobei im Zweifel das Vorsichtsprinzip gilt – Sicherheit vor Ertrag. Gleichzeitig sind stabile Erträge notwendig, um die garantierten Leistungen sicherzustellen und die Eigenmittelbasis und somit die Risikotragfähigkeit langfristig weiter verstärken zu können. Daher wird angestrebt, stets solche Geschäfte zu tätigen, die bei begrenzter Risikoexposition ein optimales Risiko-Ertrags-Verhältnis aufweisen.

### Prozesse und Verfahren des Risikomanagements

Das zentrale Risikomanagement definiert Methoden und Verfahren für die qualitative und quantitative Erfassung der Risiken und ist auf Ebene der Einzelunternehmen sowie des Konzerns für die Risikoüberwachung, die Gesamtrisikosteuerung und die Risikoberichterstattung an den Vorstand verantwortlich. Im Rahmen einer vierteljährlichen Risikoinventur werden alle Risiken, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage wesentlich beeinflussen können, durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche identifiziert und mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements analysiert und quantifiziert. Hierzu werden zu jedem Risiko Bewertungen hinsichtlich des möglichen Schadenausmaßes und der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten vorgenommen. Für die daraus abgeleiteten Risikokennzahlen werden ggf. entsprechende Schwellenwerte vorgegeben. Im Sinne einer aktiven Risikosteuerung werden konkrete Gegenmaßnahmen festgelegt, um die aus den Einzelrisiken resultierenden Risikopotenziale wirksam zu reduzieren. Im Rahmen des entwickelten Risikotragfähigkeitskonzepts erfolgt neben der quartalsweise stattfindenden Risikoinventur eine monatliche Analyse und Bewertung der Kapitalanlagerisiken durch das Risikomanagement.

Eine Beurteilung und transparente Kommunikation der im Risikomanagementprozess abgeleiteten Gesamtrisikolage findet regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr, für jedes Einzelunternehmen im Rahmen eines Risikokomitees statt. Diesem gehören neben dem Vorstand und dem zentralen Risikomanagement auch die dezentralen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche an. Das Risikomanagement des Konzerns wird ständig weiterentwickelt, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, und wird hinsichtlich seiner Effektivität und Angemessenheit mindestens im jährlichen Turnus durch die Interne Revision geprüft. Die Steuerung von Solvabilität und Risikotragfähigkeit erfolgt separat für jedes Einzelunternehmen, womit im Ergebnis auch die Risikotragfähigkeit des Konzerns gegeben ist.

### Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken treten beim Konzern vor allem in Form von biometrischen Risiken auf, wobei das Langlebigkeitsrisiko eine zentrale Rolle einnimmt. Die übernommenen biometrischen Risiken werden ständig beobachtet und durch aktuarielle Tarifierung und eine vorsichtige

Reservierungspolitik gesteuert. Darüber hinaus wird zur Absicherung biometrischer Risiken das Instrument der Rückversicherung eingesetzt. So ist insbesondere das Invaliditätsrisiko zu einem gewissen Teil durch Rückversicherung abgedeckt. Bei der Einführung neuer Tarife oder der Entwicklung neuer Produkte werden im Rahmen der etablierten Produkteinführungsprozesse umfangreiche Risikoanalysen durchgeführt. Aus heutiger Sicht erscheinen die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen insgesamt angemessen.

Aus der Versicherungstechnik können außerdem Kostenrisiken und Stornorisiken resultieren, die ebenfalls bei der versicherungsmathematischen Kalkulation Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf die Versicherungsbestände des VERKA VK ist auch zukünftig von einem mindestens ausgeglichenen Verwaltungskostenergebnis auszugehen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass mit der Umstellung der Versicherungsbestände auf das Angebotsmodell „Vorsorgeverwaltung“ die Rechnungsgrundlagen für alle relevanten Ergebnisquellen (Kapitalanlageergebnis, Risikoergebnis, übriges Ergebnis) besonders vorsichtig gewählt sind. Aus heutiger Sicht erscheinen die entsprechend verwendeten Rechnungsgrundlagen insgesamt angemessen.

Im Gegensatz zu den meisten Lebensversicherungsunternehmen und vielen Pensionskassen liegt den Beständen der Tochtergesellschaft VERKA PK kein über 3,5 % liegender Garantiezins zugrunde. Durch den wachsenden Anteil des mit einem niedrigeren Garantiezins unterlegten Neugeschäfts wird die passivseitige Zinsanforderung der VERKA PK sukzessive weiter abnehmen, so dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Zinsverpflichtungen auch in einem Umfeld vergleichsweise niedriger Zinsen länger gesichert ist, als dies bei Beständen mit einem Garantiezins von z.B. 4,0 % der Fall wäre. Speziell mit der per 01.01.2017 gültigen Tarifgeneration werden weiterhin wichtige Impulse für eine Reduzierung des Risikos aus Zinsgarantien gegeben. So wurde bei dieser Tarifgeneration über die Anforderung des aufsichtsrechtlichen Höchstrechnungszinses hinaus, der zugrundeliegende Rechnungszins auf 0,5 % reduziert. Für die Zukunft sollen im Rahmen der verfolgten Produktstrategie der VERKA PK die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft so gestaltet werden, dass insbesondere Zinsgarantierisiken minimiert werden. Aus dem Neugeschäft potenziell resultierende Anforderungen zur Bildung einer zusätzlichen Zinszusatzreserve sollen für die Zukunft möglichst ausgeschlossen sein. Den Risiken aus dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld wird so in Zukunft noch besser Rechnung getragen.

Im Rahmen der Finalisierung der strategischen Neuausrichtung führte die Neugestaltung der Vertragsbeziehungen mit den Landeskirchen im Ergebnis auch zu einer deutlichen Reduzierung der Garantiezusagen für den Bestand und das Neugeschäft des Mutterunternehmens VERKA VK. Dem überwiegenden Teil der Bestände liegt damit ein Rechnungszins von 0,5 % während der Aufschubzeit bzw. maximal 1,25 % während der Rentenbezugsphase (für das Neugeschäft 0,9 %) zugrunde. Hierdurch wird die Notwendigkeit eine Zinszusatzreserve für die Bestände des VERKA VK aufbauen und finanzieren zu müssen erheblich reduziert. Allein ein überschaubarer Restbestand unterliegt einem Rechnungszins von maximal 2,25 %, welcher aber aufgrund seines Umfangs als unproblematisch eingestuft wird.

Im Rahmen der durchgeführten Asset-Liability-Management-Studien konnte bestätigt werden, dass alle Einzelunternehmen und damit der Konzern grundsätzlich auch in Niedrigzinsphasen in der Lage ist, die bestehenden Zinsanforderungen darzustellen. Dies gilt nach der Umstellung der VERKA VK auf das Angebotsmodell „Vorsorgeverwaltung“ in deutlich verstärktem Maße. Die Finanzierung des Aufbaus der Zinszusatzreserve bei den Beständen der Tochtergesellschaft VERKA PK, die zu einer deutlichen mittelfristig wirkenden Reduzierung der Zinsanforderung führt, erzeugt allerdings kurzfristig

erhebliche Aufwände, welche nur mit Unterstützung des Mutterunternehmens VERKA VK getragen werden können.

### Marktrisiken

Die Kapitalanlage des Konzerns ist mit Marktrisiken wie dem Aktienrisiko, Immobilienrisiko und Zinsänderungsrisiko verbunden. Währungsrisiken sollen aufgrund der Fokussierung auf Anlagen in der Eurozone eine untergeordnete Rolle spielen bzw. im Rahmen von Fondsmandaten mit globaler Ausrichtung durch vereinbarte Absicherungsstrategien überwiegend ausgeschlossen werden. Zur Quantifizierung, Analyse und Steuerung der Marktrisiken sowie zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit kommen interne und aufsichtsrechtliche Stresstests, Szenarioanalysen, Risikotragfähigkeitsbetrachtungen und Asset-Liability-Studien zum Einsatz. Für die innerhalb von Wertpapier-Sondervermögen bestehenden Aktienrisiken bestehen effektive Absicherungsmaßnahmen, um die Risikotragfähigkeit des Konzerns nachhaltig zu sichern.

Beide Aktienfonds sind mit einer optimierten langfristig ausgerichteten Absicherungsstrategie ausgestattet, wobei ein Aktienfonds auf einer volatilitätsabhängigen Steuerung der Aktienquote aufbaut und dazu passend konstruierte Optionen einsetzt. Der Absicherungsgrad wird unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen regelmäßig angepasst. Das aus Wandelanleihen implizit resultierende ökonomische Aktienrisiko wird mittels eines dynamischen Wertsicherungskonzepts unter Berücksichtigung einer fest vorgegebenen Wertuntergrenze gesteuert und effektiv begrenzt. Unter Berücksichtigung bestehender Sicherungsmaßnahmen resultiert per 31. Dezember 2017 eine ökonomische Aktienquote von 8,6 %.

Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade im Immobilienbereich der Kompetenz des Fondsmanagements eine besonders hohe Bedeutung zukommt und dass die Annahme der Wertstabilität von Immobilienanlagen vor allem dann realistisch ist, wenn entsprechende Fondseingagements in dieser Assetklasse professionell bewirtschaftet werden. Um Risikokonzentrationen hinsichtlich Fondsmanagement, geografischer Ausrichtung oder Branchenfokus zu minimieren, strebt der Konzern eine breitere Diversifizierung des Immobilienportfolios an. Entsprechend sollen - neben dem Ausbau der Beteiligungen an den bereits bestehenden Immobilienspezialfonds - Neuinvestitionen in weitere Immobilienfonds erfolgen. Der Fokus der bestehenden Immobilienspezialfonds liegt breit diversifiziert auf Wohn-, Budget-Hotel-, Wald- und Gewerbeimmobilien unterschiedlicher geografischer Ausrichtung. Mit dem jüngst aufgelegten Immobilienfonds konnte das Portfolio um den Schwerpunkt "Mikrowohnen in Ballungszentren" erweitert werden. Auch wurde ein Gewerbeimmobilien-Fonds mit Fokus auf europäische Handels- und Logistikimmobilien gezeichnet, bei welchem der erste Kapitalabruf aktuell aber noch aussteht.

Bei den im Direktbestand befindlichen festverzinslichen Anlagen handelt es sich schwerpunktmäßig um Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, deren kurzfristige Bewertungsschwankungen aufgrund nicht dauerhafter Wertminderungen nicht bilanzwirksam sind. Bei steigenden Zinsen sind diese Anlagen zwar Kursverlustrisiken ausgesetzt, jedoch gleichen sich zwischenzeitlich vorhandene positive oder negative Bewertungsreserven spätestens bei Fälligkeit wieder aus. Neben dem Direktbestand bestehen Investitionen in vier Rentenspezialfonds mit Schwerpunkt auf EUR-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen.

Die Zinssensitivität des Bestandes der verzinslichen Anlagen ist in Anbetracht einer durchschnittlichen gewichteten modifizierten Duration von 7,4% als moderat zu bezeichnen. Im Falle eines Zinsschocks – hierzu wird eine plötzliche Zinsänderung um 100 Basispunkte unterstellt – würden die Zeitwerte der Kapitalanlagen einschließlich der Fondsinvestments ceteris paribus um 120,0 Mio. EUR sinken bzw. steigen, wobei hier insofern vereinfacht gerechnet wurde, als dass Besonderheiten von im Bestand befindlichen, insbesondere von der Zinskurvensteilheit abhängigen strukturierten Produkten nicht berücksichtigt wurden.

Vor dem Hintergrund des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus bestehen mittelfristig erhebliche Wiederanlagerisiken, welche die Ertragssituation des Konzerns in zukünftigen Jahren spürbar belasten können, sofern das extreme Niedrigzinsumfeld noch über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben sollte. Im Zusammenhang mit der limitierten Risikotragfähigkeit sind die Möglichkeiten, sich dem negativen Einfluss der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die mittelfristige Entwicklung des Ertragspotenzials des Kapitalanlageportfolios zu entziehen, naturgemäß begrenzt.

Zur Erhöhung der Diversifikation über die verschiedenen Assetklassen hinweg und somit zur Optimierung des Rendite-Risiko-Profils erfolgen neue Investments auch im Bereich nachhaltiger alternativer Anlagen. Ziel ist, von den guten Ertragschancen sowie der niedrigen Korrelation zu den Erträgen und zur Wertentwicklung gewöhnlicher Assetklassen zu profitieren. So bestehen Engagements in den Bereichen Erneuerbare Energien (Photovoltaik- und Windenergieanlagen), Wald und Infrastruktur. Entsprechend werden die portfoliooptimierenden Maßnahmen durch einen sukzessiven Ausbau alternativer Investments fortgesetzt, die das bereits bestehende Gesamtrisikoprofil des Kapitalanlagenportfolios unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten möglichst effektiv diversifizieren sollen.

Die im Bestand befindlichen einfach strukturierten Zinsprodukte werden im Rahmen des Kapitalanlagenrisikomanagements einer besonders detaillierten Analyse unterzogen. Abhängig von den Kapitalmarktparametern kann die Risikosteuerung hierbei beispielsweise durch risikomindernde Restrukturierungen strukturierter Schuldscheindarlehen oder Verkäufe der betreffenden Papiere erfolgen – entsprechende Opportunitäten werden regelmäßig geprüft. Trotz der bereits vorgenommenen Restrukturierungen, Veräußerungen und Kündigungen besteht für die bisher noch nicht angepassten variablen Zinskuponphasen der verbleibenden Steepener-Schuldscheindarlehen weiterhin das Risiko einer Nullverzinsung.

#### Kreditrisiken

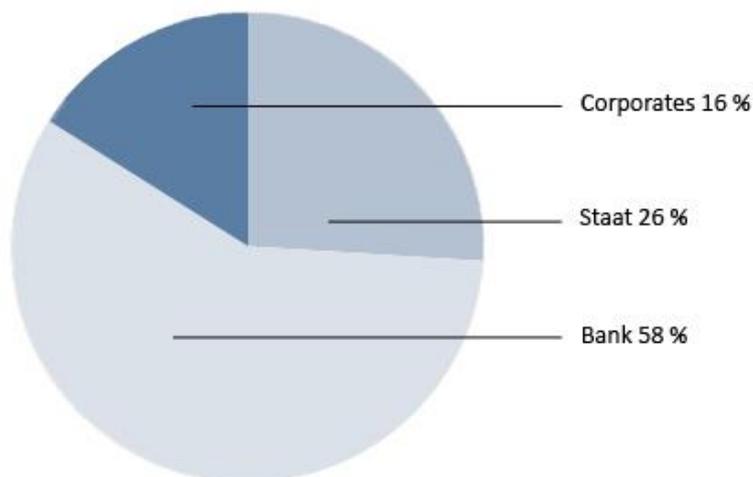
Kreditrisiken bestehen für den Konzern in der Möglichkeit negativer Bonitätsveränderungen von Emittenten, Geschäftsparteien und anderen Schuldnern, wobei die mit festverzinslichen Kapitalanlagen verbundenen Kreditrisiken den größten Stellenwert einnehmen. Im Rahmen der Risikosteuerung kommen verschiedene Instrumente wie Vorgaben zu Ratingklassen und Begrenzungen im Hinblick auf Mischung und Streuung zum Einsatz, um einen hohen Grad an Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis auf Gesamtportfolioebene zu ermöglichen. Neuanlagen im Direktbestand sind dabei grundsätzlich auf Papiere mit Investment-Grade-Rating beschränkt. Durch die bestehenden Spezialfondsmandate mit Schwerpunkten auf Euro-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen wird eine breite Diversifikation erreicht.

Bei der strategischen Ausrichtung des Portfolios an festverzinslichen Anlagen steht auch eine sukzessive Reduzierung der Financial Exposures weiterhin im Blickpunkt. Bei den Neuanlagen ist zu berücksichtigen, dass die Credit Spreads in vielen Asset Klassen inzwischen so stark gefallen sind, dass eine adäquate Risikoprämie für die übernommenen Bonitätsrisiken oftmals nur noch eingeschränkt oder gar nicht gegeben ist. Vor diesem Hintergrund setzt der Konzern seine Strategie einer Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten fort und setzt hierbei verstärkt auf alternative Anlageklassen bzw. alternative Anlageregionen, wodurch die Diversifikation der Kreditrisiken weiter verbessert wird. Investitionen in Debt- und Equity-Finanzierungen von Alternative-Energie-Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern, europäische Senior Secured Floating Rate Loans oder auch Fremdfinanzierung von Unternehmensübernahmen ("Leveraged Buy Out" / LBO) ergänzen das Anlageuniversum sinnvoll und erhöhen die Diversifikation innerhalb dieser Anlageklasse.

Die Ratingstruktur des Kapitalanlagenbestandes mit Durchschau bei den Wertpapier-Sondervermögen stellt sich per 31. Dezember 2017 wie folgt dar; bei den nicht gerateten Anlagen handelt es sich weit überwiegend um Immobilienanlagen, Beteiligungen, Infrastrukturinvestments sowie Grundschuldarlehen:

Ratingklasse	Rating	Buchwert Mio. EUR	Anteil %
AAA bis AA-	AAA	154,7	8,1
	AA+	99,8	5,3
	AA	72,4	3,8
	AA-	107,6	5,7
		<b>434,5</b>	<b>22,9</b>
A+ bis A-	A+	176,0	9,3
	A	217,6	11,4
	A-	178,6	9,4
		<b>572,2</b>	<b>30,1</b>
BBB+ bis BBB-	BBB+	182,9	9,6
	BBB	251,2	13,2
	BBB-	136,7	7,2
		<b>570,8</b>	<b>30,0</b>
<b>Investmentgrade</b>		<b>1.577,5</b>	<b>83,0</b>
BB+ bis BB-	BB+	30,7	1,6
	BB	28,6	1,5
	BB-	14,4	0,8
		<b>73,7</b>	<b>3,9</b>
B+ bis CCC-C	B+	13,2	0,7
	B	10,6	0,6
	B-	4,6	0,2
	CCC-C	0,2	0,0
		<b>28,6</b>	<b>1,5</b>
<b>Non-Investmentgrade</b>		<b>102,3</b>	<b>5,4</b>
<b>Non rated</b>		<b>220,7</b>	<b>11,6</b>
<b>Summe</b>		<b>1.900,5</b>	<b>100,0</b>

Der Bestand der verzinslichen Anlagen inkl. Einlagen bei Kreditinstituten wie Tagesgeldern und anderen kurzfristigen Termingeldern (Inhaberschuldverschreibungen einschließlich indirekter Anlagen in Spezial-Sondervermögen, Schuldscheindarlehen inkl. Credit-Linked-Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen) verteilt sich per 31. Dezember 2017 wie folgt auf die unterschiedlichen Emittentenklassen:



#### Liquiditätsrisiken

Eine ausgewogene Laufzeitenstreuung im Rahmen des Durationsmanagements bei festverzinslichen Anlagen ermöglicht auch für die kommenden Jahre eine sichere Liquiditätsplanung und somit eine Minimierung von kurzfristigen Liquiditätsrisiken. Der Anteil der kurzfristigen Festgeldanlagen betrug per 31. Dezember 2017 4,9 % des Vermögens, wodurch eine flexible Disposition gewährleistet ist.

Marktliquiditätsrisiken werden im Anlageprozess des Konzerns berücksichtigt, indem in Abhängigkeit von der Liquiditätsplanung im Rahmen der Neuanlage ausreichend viele Investments mit hoher Fungibilität ausgewählt werden. Durch eine breite Diversifikation wird die jederzeitige Liquidität auch bei unerwarteter Markteinge in einzelnen Assetklassen gewährleistet.

#### Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in Form von fehlerhaften Prozessen, organisatorischen Schwachstellen, menschlichen oder technischen Fehlern, externen Einflüssen oder rechtlichen Problemen grundsätzlich in allen Geschäftsbereichen materialisieren. Die Identifikation und Bewertung operativer Risiken erfolgt nach zentralen Vorgaben und mit Unterstützung des Risikomanagements durch die dezentralen Risikoverantwortlichen. Dabei kommen unter anderem Experteninterviews und Szenariotechniken zum Einsatz, die eine frühzeitige Erkennung der Einzelrisiken ermöglichen.

Die Interne Revision führt regelmäßige Prüfungen der in der Geschäftsorganisation etablierten Prozesse und Systeme durch und hilft, diesbezügliche Schwachstellen frühzeitig aufzudecken und damit verbundene operationale Risiken zu reduzieren. Zur Bewältigung von Notfällen und Krisen wird eine umfassende Notfall- und Kontinuitätsplanung als unverzichtbar angesehen, damit die Kontinuität der wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme auf Gesamtunternehmensebene jederzeit

gewährleistet ist. Hierbei sind auch die in Krisensituationen notwendigen Organisations-, Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen festzulegen.

### Sonstige Risiken

Neben den bereits ausführlich dargestellten Risikoarten werden auch Konzentrationsrisiken, Reputationsrisiken sowie strategische Risiken in den Risikomanagementprozess des Konzerns einbezogen. Dabei werden wechselseitige Abhängigkeiten, die mit den anderen Risikoarten bestehen, berücksichtigt. Die im Kapitalanlagenportfolio befindlichen einfach strukturierten Steepener-Schuldscheindarlehen, deren Kuponzahlungen in zukünftigen Jahren variabel und von der Steilheit der Zinskurve abhängig sind, stellen eine Risikokonzentration im Hinblick auf Zinsausfallrisiken dar (siehe auch Marktrisiken). Im abgelaufenen Berichtsjahr wurde diese Risikokonzentration deutlich reduziert.

Im Zusammenhang mit der fortlaufenden strategischen Weiterentwicklung des Unternehmensverbundes werden die damit verbundenen strategischen Risiken beleuchtet, denen nach Einschätzung des Vorstandes überproportionale Chancen für die zukünftige Geschäftsentwicklung gegenüberstehen sollten. Besonderes Risikobewusstsein ist in Bezug auf die Erfüllung der Anforderungen unserer kirchlichen Kunden erforderlich. Auch zukünftig gilt es, die Vereinsmitglieder des VERKA VK als Hauptkunden und Träger des Unternehmensverbunds mit ihren spezifischen Bedürfnissen in den Mittelpunkt strategischer Überlegungen zu stellen. Der Vorstand ist zuversichtlich, mit auf die Kundenbedürfnisse abgestimmten weiterentwickelten Produkten zusätzliches Neugeschäft akquirieren zu können, wodurch die Tragfähigkeit des Unternehmensverbundes für die Zukunft entscheidend gestärkt wird.

Als alleiniger Aktionär der VERKA PK hat der VERKA VK eine besondere gestaltende Rolle und Verantwortung. Die Stabilität und die Werthaltigkeit der Tochtergesellschaft können mittelfristig nur sichergestellt werden, wenn auch die VERKA PK über eine eigene erfolgsversprechende Geschäftsstrategie verfügt. Bei der Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie der VERKA PK sind strategische Rahmenbedingungen zu beachten, welche sich auch aus den Interessenlagen der Vereinsmitglieder des Aktionärs VERKA VK ergeben. Im Sinne des Aktionärs sollte das Neugeschäft mit möglichst geringen Risiken verbunden und kosteneffizient zu verwalten sein. Diese Anforderungen korrespondieren mit den im Bestandsgeschäft gewonnenen Erfahrungen, dessen Geschäftsentwicklung derzeit von den Aufwänden zur Bildung einer Zinszusatzreserve überlagert und bestimmt wird. Daher sollen im Rahmen der Produktstrategie die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft so gestaltet werden, dass insbesondere Zinsgarantierisiken minimiert werden. Aus dem Neugeschäft potenziell resultierende Anforderungen zur Bildung einer zusätzlichen Zinszusatzreserve sollen für die Zukunft möglichst ausgeschlossen sein.

### Asset-Liability-Management

Zur bilanziellen Steuerung der zwischen versicherungstechnischen Risiken und Kapitalanlagerisiken bestehenden Wechselwirkungen ist ein wirksames Asset-Liability-Management (ALM) unverzichtbar. Das ALM des Konzerns verfolgt das Ziel, die jederzeitige Erfüllung der bilanziellen Erfordernisse (Zinsgarantierisiko) sowie der aufsichtsrechtlichen Regelungen (insbesondere Solvabilität, Stresstest) mit einem höchstmöglichen Maß an Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Der Konzern hat einen stringenten ALM-Ansatz implementiert, der eine detaillierte Analyse der zukünftigen Unternehmensentwicklung ermöglicht. Die ALM-Studien dienen als wesentlicher

Ausgangspunkt für die Ableitung einer optimierten Kapitalanlagestrategie und liefern wertvolle Impulse für eine ständige Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles auf Gesamtportfolioebene, woraus eine weitere Stabilisierung der Risikotragfähigkeit resultiert. Vor dem Hintergrund der erhöhten Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Zinsstrukturkurve richtet der Konzern seinen Fokus im Asset-Liability-Management auch auf die Analyse verschiedener Extremszenarien (z. B. anhaltende Niedrigzinsphase, Inflation) und leitet entsprechende Maßnahmen für eine optimierte Unternehmenssteuerung ab. Darüber hinaus liefern die ALM-Studien wesentliche Erkenntnisse für die Entwicklung optimierter Produkte sowie für die Verfolgung einer wirkungsvollen Eigenmittelstrategie.

Die Ergebnisse der ALM-Studien und daraus abgeleitete konkrete Handlungsempfehlungen werden im ALM-Komitee, in welchem neben dem Vorstand die Führungskräfte aus den Bereichen Kapitalanlagen, Versicherungsmathematik, Risikomanagement und Rechnungswesen sowie der Verantwortliche Aktuar vertreten sind, ausführlich erörtert.

#### Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Durch das Risikomanagementsystem des Konzerns werden wesentliche oder bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich gegenwärtig keine Entwicklungen abzeichnen, die den Fortbestand des Konzerns substantziell bedrohen.

Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote auf Ebene der Einzelunternehmen von 164,6 % für die VERKA PK und 196,2 % für den VERKA VK verfügen die Konzernunternehmen über eine angemessene Eigenmittelausstattung.

Die Risikotragfähigkeit des aufsichtsrechtlichen Kapitalanlagen-Stresstests (BaFin-Stresstest) ist per 31. Dezember 2017 für alle Konzernunternehmen mit einem positiven Ergebnis in allen vier Szenarien gegeben.

## Prognosen- und Chancenbericht

### Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die konjunkturellen Aussichten für das Geschäftsjahr 2018 sind weltweit gut, allgemein wird mit einem globalen Wirtschaftswachstum von knapp unter 4 % gerechnet. Die Weltwirtschaft ist durch den immer stärker werdenden Aufschwung in den Industrie- und in den Schwellenländern in einer sehr robusten Verfassung und dürfte auch dem politischen Gegenwind – vor allem aus den USA mit der Diskussion um einen bevorstehenden Handelskrieg mit China und Europa – standhalten. Anlegern wird allgemein geraten, sich hiervon nicht allzu sehr beeinflussen zu lassen. Auch diverse anstehende Wahlen in Italien (Parlamentswahl) oder in den USA (Senat und Repräsentantenhaus) sollten die politische Nachrichtenlage nicht nachhaltig negativ beeinflussen.

In Deutschland konnte die politische Krise nach den Bundestagswahlen im Herbst vergangenen Jahres mit den mehrmonatigen Koalitionsverhandlungen zunächst mit der gescheiterten sogenannten Jamaika-Koalition und danach mit der GroKo (Große Koalition) Anfang März diesen Jahres beendet werden, so dass das politische Berlin nun zum Alltag zurückkehren kann und die Politik damit wieder handlungsfähig wird. Hier gilt es, die politische Führerschaft in Europa gemeinsam mit Frankreich wieder zu aktivieren, um gestärkt die Verhandlungen mit England um den Brexit führen zu können. Erstaunlicherweise wächst in Großbritannien der Widerstand gegen den Ausstieg aus Europa in der Wirtschaft und auch in der Bevölkerung, so dass letztlich auch ein Verbleib der Briten in der Europäischen Union nicht mehr gänzlich undenkbar erscheint. Dies wäre für alle Seiten mehr als nur wünschenswert.

Der breite und robuste Aufschwung in Europa hat die EZB Anfang März erstmals veranlasst, ihre geldpolitische Expansionspolitik etwas zu bremsen. So hat sie verlautbart, dass sie nun nicht mehr bereit ist, den Umfang ihres Wertpapierkaufprogramms künftig gegebenenfalls auszuweiten. Mehr als diese geldpolitische Lockerungsneigung hat die EZB damit allerdings noch nicht aufgegeben: So hielt sie insbesondere daran fest, dass sich die Dauer ihrer Käufe nach dem Erreichen ihres Preisziels richtet. Ein Enddatum für die Wertpapierkäufe benannte sie folglich nicht und betonte, dass umfangreiche geldpolitische Stimuli weiterhin notwendig seien. Auch die Forward Guidance bezüglich der Leitzinsen wurde von der EZB beibehalten. Danach geht die Notenbank davon aus, dass die Leitzinsen „für längere Zeit“ und „weit“ über den Zeithorizont des Kaufprogramms hinaus auf „ihrem aktuellen Niveau“ bleiben werden. Was hinter den Termini „längere“ und „weit“ konkret steht, blieb erneut offen. Damit ist der Leitzinsausblick weiter vage gefasst.

Für die Kapitalmärkte dürfte dies bedeuten, dass das Zinsniveau niedrig bleiben dürfte, wenn auch die langfristigen Zinsen etwas nach oben tendieren und im Verlauf des Jahres vermutlich noch geringfügig steigen könnten. Die Volatilität auf den Märkten dürfte jedoch zunehmen, dies gilt insbesondere auch für die Aktienmärkte.

Die Aussichten für die Lebensversicherungswirtschaft werden von den Marktteilnehmern sehr unterschiedlich bewertet. Der GDV betont ausdrücklich, dass die Lebensversicherung in jedem Falle ein stabiler Baustein der Altersvorsorge in Deutschland bleibt. Mit Blick auf die niedrigen Zinsen und die demografische Entwicklung benötige die Branche allerdings für die weitere Verbreitung der Altersvorsorge neue Impulse aus der Branche selbst und auch aus der Politik. Zurzeit sind Garantieprodukte stark im Rückwärtsgang und Fondsprodukte im Aufwind. Das zu Beginn des Jahres eingeführte Betriebsrentenstärkungsgesetz hat alle Marktteilnehmer auf den Plan gerufen und viele Marktteilnehmer bereiten konkret die Einführung von entsprechenden Produkten vor, die im Verlauf

des Jahres auf den Markt gebracht werden sollen. Das vom Gesetzgeber verabschiedete Sozialpartnermodell sieht jedoch in diesem Zusammenhang die enge tarifliche Zusammenarbeit von Arbeitgebern und den Gewerkschaften vor, hier ist es zunächst noch sehr ruhig und die weitere Entwicklung über die ersten Tarifabschlüsse bleibt abzuwarten. Allgemein werden diesem Thema jedoch große Chancen zugetraut und bieten gerade den Pensionskassen und den Pensionsfonds neue Vertriebsmöglichkeiten, die auch genutzt werden sollen. Im Rahmen der branchenweit voranschreitenden Digitalisierung werden diese Produkte dann wahrscheinlich ganz wesentlich über neue Vertriebskanäle und Online-Portale angeboten und vertrieben werden.

Die Anforderungen an das Kapitalanlagenmanagement in den Gesellschaften steigen vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsumfeldes. Gleichzeitig erhöht sich der Ergebnisdruck aus dem notwendigen Aufbau an Zinszusatzreserve. Die Branche ist bereits seit geraumer Zeit dabei, die starre Methodik der Berechnung dieser Zinszusatzreserve zu entzerren und zu flexibilisieren, ist dabei aber auf die Mithilfe der Aufsicht und der Politik angewiesen. Vorschläge hierzu liegen bereits seit längerem vor und warten auf die politische Diskussion und Entscheidung.

#### Entwicklung der Konzerngesellschaften

Auf Verbundebene rechnet die VERKA im kommenden Geschäftsjahr in der versicherungstechnischen Rechnung sowohl mit leicht sinkenden laufenden Beitragseinnahmen als auch mäßig sinkenden Rentenleistungen. Der Konzern geht dennoch davon aus, dass sich der Rohüberschuss im kommenden Geschäftsjahr in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegen wird. Wiederum belastet wird dieses Ergebnis durch die wegen der anhaltenden Niedrigzinsphase weiter leicht rückläufigen Zinserträge, leicht steigenden Verwaltungsaufwendungen sowie einer zu erwartenden erneuten Verlustübernahme aus der Tochtergesellschaft, der VERKA PK. Hier werden weitere signifikante Zuführungen zur Zinszusatzreserve notwendig sein, da der Referenzzinssatz zur Bildung dieser Reserve weiter rückläufig ist. Die Nettoverzinsung aus den Kapitalanlagen wird in etwa auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Die Notwendigkeit zum Aufbau einer Zinszusatzreserve bei dem VERKA VK besteht aufgrund der Umstellung der Rückdeckungsverträge auf das Vorsorgemodell mit damit gesunkenen Garantiezusagen voraussichtlich nur in sehr geringem Umfang.

# Konzernabschluss

---

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

## Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017

AKTIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				1.745.521,86	1.252
<b>B. Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			2.249.644,22		1.325
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00			0
2. Beteiligungen		60.024.683,67			53.101
			60.049.683,67		53.101
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		949.464.432,40			908.254
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		133.821.016,83			127.776
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		6.538.703,80			8.704
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	332.051.782,33				327.383
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	322.867.550,00				402.854
c) Übrige Ausleihungen	422.710,01				423
		655.342.042,34			730.660
5. Einlagen bei Kreditinstituten		92.908.462,02			94.028
6. Andere Kapitalanlagen		96.668,00			1.668
			1.838.171.325,39		1.871.090
				1.900.470.653,28	1.925.516
<b>C. Forderungen</b>					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			311.924,61		592
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			49.566,24		51
III. Sonstige Forderungen					
davon:					
an verbundene Unternehmen: 101.134,97 EUR (Vj. 0,00 EUR)					
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 970.077,35 EUR (Vj. 684.137,86 EUR)			5.306.039,66		3.326
				5.667.530,51	3.969
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Sachanlagen und Vorräte			338.565,00		260
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			17.502.263,97		4.149
III. Andere Vermögensgegenstände			5.721.417,80		5.774
				23.562.246,77	10.183
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			12.620.737,28		14.238
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			200.003,51		152
				12.820.740,79	14.390
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>1.944.266.693,21</b>	<b>1.955.310</b>

PASSIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
<b>A. Eigenkapital</b>					
I. Gewinnrücklagen					
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG				21.638.833,09	21.091
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>					
I. Beitragsüberträge			608.805,76		628
II. Deckungsrückstellungen			1.737.796.465,68		1.749.693
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			1.183.976,50		1.259
IV. Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			155.839.828,44		155.625
				1.895.429.076,38	1.907.205
<b>C. Andere Rückstellungen</b>					
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			4.982.233,00		4.590
II. Steuerrückstellungen			82.882,99		65
III. Sonstige Rückstellungen			930.267,53		899
				5.995.383,52	5.554
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:					
1. Versicherungsnehmern		19.507.735,75			19.487
2. Versicherungsvermittlern		143.477,56			161
			19.651.213,31		19.648
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			95.396,36		102
III. Sonstige Verbindlichkeiten					
davon:					
gegenüber verbundenen Unternehmen: 32.130,00 EUR (Vj. 0,00 EUR)					
aus Steuern: 96.305,74 EUR (Vj. 66.787,31 EUR)					
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 4.758,44 EUR (Vj. 5.948,05 EUR)			1.443.350,16		1.695
				21.189.959,83	21.445
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				13.440,39	15
<b>Summe der Passiva</b>				<b>1.944.266.693,21</b>	<b>1.955.310</b>

## Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	EUR	EUR	EUR	TEUR
				Vorjahr
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	43.475.062,45			44.835
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	169.948,23			168
		43.305.114,22		44.667
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		19.077,16		5
			43.324.191,38	44.672
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			105.056,75	77
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		1.983.133,27		1.641
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	166.864,64			216
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	53.677.141,80			54.803
		53.844.006,44		55.019
c) Erträge aus Zuschreibungen		0,00		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.722.970,41		1.167
			57.550.110,12	57.827
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			33.938,22	13
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	54.285.526,99			54.070
bb) Anteil der Rückversicherer	57.270,56			24
		54.228.256,43		54.046
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		-74.661,94		354
			54.153.594,49	54.400
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung			-11.897.116,10	10.971
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			50.675.355,88	30.272
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	885.055,73			862
b) Verwaltungsaufwendungen	1.887.691,69			1.634
		2.772.747,42		2.496
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		22.349,30		35
			2.750.398,12	2.461
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		923.908,16		948
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.044.804,07		438
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		45.200,00		969
			2.013.912,23	2.355
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			141.065,85	480
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			3.176.086,00	1.650
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge		1.536.125,40		1.163
2. Sonstige Aufwendungen		3.506.487,24		2.809
			-1.970.361,84	-1.646
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.205.724,16	4
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			647.976,62	-316
5. Sonstige Steuern			9.393,06	9
6. Konzernjahresüberschuss			548.354,48	311
7. Einstellungen in die Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			548.354,48	311
8. Konzernbilanzgewinn			<u>0,00</u>	<u>0</u>

# Konzernanhang

---

Grundsätze

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige Angaben



# Grundsätze

## Angaben zum Mutterunternehmen

Mutterunternehmen ist der VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG mit Sitz in Berlin. Das Mutterunternehmen ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg (Berlin) unter der Registernummer HRB 71095 registriert.

## Aufstellung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde gemäß dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie nach den einschlägigen Vorschriften des § 152 Aktiengesetz (AktG) und dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) aufgestellt.

Darüber hinaus wurden die einschlägigen Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) grundsätzlich beachtet.

## Konsolidierungskreis

Einbezogene Unternehmen	Kapitalanteil	Eigenkapital 2017	Ergebnis 2017
	%	TEUR	TEUR
VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG, Berlin	100	38.073	0

Die VERKA Pensionsmanagement GmbH, Berlin, wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen. Die Gesellschaft weist eine Bilanzsumme von 144 TEUR und ein Jahresergebnis von 1 TEUR aus und ist insofern für die Vermittlung eines des tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

## Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Neubewertungsmethode. Die Grundlage bilden die Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des Tochterunternehmens VERKA PK in den Konzernabschluss. Im Rahmen der Erstkonsolidierung der VERKA PK ergaben sich keine Unterschiedsbeträge; stille Reserven oder Lasten waren zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung nicht vorhanden.

Erträge und Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen wurden konsolidiert.

Zwischenergebniseliminierungen waren nicht erforderlich. Latente Steuern auf Grund von Konsolidierungsmaßnahmen waren nicht zu bilden.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzansätze der Vermögensgegenstände und Schulden konnten aus den Einzelabschlüssen unverändert übernommen werden. Dabei wurden Wertansätze, die auf den für Versicherungsunternehmen anzuwendenden Vorschriften beruhen, beibehalten. Die Anforderungen gemäß § 308 HGB hinsichtlich der einheitlichen Bewertung sind erfüllt.

**Immaterielle Vermögensgegenstände** werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben.

**Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert.

**Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bewertet.

**Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Investmentanteilen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 8.600 TEUR nicht vorgenommen.

**Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 535 TEUR nicht vorgenommen. Die Bewertung der Zero-Inhaberschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

**Hypotheken- und Grundschuldforderungen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich erfolgter Tilgungen bewertet. Erkennbaren Risiken wird durch entsprechende Wertberichtigungen Rechnung getragen.

**Namenschuldverschreibungen** werden grundsätzlich in Höhe ihres Nennwertes ausgewiesen und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Beim Kauf von Namenschuldverschreibungen anfallende Disagio- oder Agiobeträge werden entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die

künftigen Jahre verteilt. Die Bewertung der Zero-Namensschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

**Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

**Übrige Ausleihungen** werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bewertung von **Einlagen bei Kreditinstituten** erfolgt mit dem Nennwert.

Die **anderen Kapitalanlagen** werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, angesetzt.

Die **Forderungen an Versicherungsnehmer, die Abrechnungsforderungen** und die **sonstigen Forderungen** sind mit ihrem Nennwert, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bilanziert.

Die zur **Betriebs- und Geschäftsausstattung** gehörenden Gegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und unter Zugrundelegung individueller Nutzungsdauern linear abgeschrieben worden. Im Berichtsjahr erworbene geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend der steuerlichen Behandlung abgeschrieben.

**Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand** sowie **andere Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert bewertet. In den anderen Vermögensgegenständen sind ausschließlich vorgezahlte Rentenleistungen enthalten.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen werden zum Nominalwert bilanziert. Ausgaben, soweit sie Aufwendungen nach dem Bilanzstichtag darstellen, wurden in die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten einbezogen.

Von dem Wahlrecht zum Ansatz des **aktiven latenten Steuerüberhangs** aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Gemäß dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB werden die latenten Steuern saldiert. Latente Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen gem. § 306 HGB waren nicht zu verzeichnen.

Das **Eigenkapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die Bilanzierung und Bewertung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte unter Beachtung der §§ 341e bis 341h HGB.

Die **Beitragsüberträge** werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung der jeweiligen Beitragsfälligkeit ermittelt.

Die **Deckungsrückstellung** wird gemäß §§ 341f Abs. 1, 252 Abs. 1 HGB einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter impliziter Berücksichtigung der Kosten ermittelt; sie umfasst auch die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Versicherungszeiten. Die Verpflichtungen aus Versicherungsverhältnissen werden mit den Rechnungsgrundlagen der Prämienkalkulation bewertet, sofern diese mit der Rententafel DAV 2004 R durchgeführt wurde. Anderenfalls wird die Bewertung auf der Basis der Rententafel DAV 2004 R-Bestand unter Berücksichtigung der Trendempfehlung der

Deutschen Aktuarvereinigung e. V. für das Jahr 2017 vorgenommen. Der Rechnungszins beträgt für den ausschließlich bei der VERKA PK vorhandenen Altbestand einheitlich 3,50 %. In den Geschäftsplan wurden zur Bildung einer Zinszusatzreserve Vorschriften analog zur Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) und ein Referenzzins zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 2,40 % aufgenommen. Der Referenzzinssatz lag zum 31. Dezember 2017 unterhalb des verwendeten Rechnungszinses. Dementsprechend wurde im Altbestand zum 31. Dezember 2017 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 38,1 Mio. EUR gestellt. Im Neubestand der Konzernunternehmen wird je Versicherungsverhältnis der Höchstzinssatz gemäß § 2 DeckRV in der jeweils zur Begründung gültigen Fassung verwendet. Der Referenzzins für den Neubestand gemäß DeckRV betrug 2,21 %. Deswegen war zum 31. Dezember 2017 eine Zinszusatzreserve für die Teilbestände mit einem verwendeten Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % und 2,25 % in Höhe von 16,0 Mio. EUR zu bilden. Sowohl im Alt- als auch im Neubestand der VERKA PK wurden bei der Ermittlung der Zinszusatzreserve, die für die nächsten bis zu fünfzehn Jahre gebildet wird, Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten zum vereinbarten Altersrentenbeginn berücksichtigt. Das Invaliditätsrisiko wird auf der Grundlage der Tafeln DAV 1997 I, TI, RI sowie DAV 1998 E, TE und RE bewertet. Die Deckungsrückstellung für seit dem 21. Dezember 2012 begründete Versicherungsverhältnisse wird genau wie die Prämienkalkulation mit einem geschlechtsunabhängigen Ansatz bewertet. Die so ermittelte Deckungsrückstellung ist zum 31. Dezember 2017 nicht kleiner als eine geschlechtsspezifisch ermittelte. Die Verwaltungskosten werden grundsätzlich als Zuschlag der versicherten Renten angesetzt, wobei die in den Geschäftsunterlagen festgelegten rechnermäßigen Sätze berücksichtigt werden.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird einzelvertraglich für die am Bilanzstichtag bekannten, aber noch nicht abschließend regulierten Versicherungsfälle sowie pauschal für bis zum Abschlussstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle ermittelt und in Höhe des Risikokapitals zuzüglich der bereits fällig gewordenen, aber noch nicht ausgezahlten Leistungen bilanziert. Schadenregulierungsaufwendungen werden pauschal mit 2,0 % der Rückstellung angesetzt.

Aus der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** werden insbesondere Schlussüberschussanteile finanziert. Der Schlussüberschussanteilfonds wird so berechnet, dass für jedes Versicherungsverhältnis zum Bilanzstichtag der für jedes Jahr der Rentenbezugsphase vorgesehene anteilige Schlussüberschussanteil nach Maßgabe der aktuellen Deklaration reserviert wird. Abgezinst wird dabei mit einem Diskontsatz von 3,5 % für Versicherungsverhältnisse, die vor dem 1. Januar 2017 begründet wurden und einem Diskontsatz von 1,5 % für später begründete Versicherungsverhältnisse.

Die **Pensionsrückstellungen** wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) bewertet; als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Geschäftsjahre in Höhe von 3,68 % und einer durchschnittlichen Fluktuation von 0,6 % verwendet. Zur Bestimmung des Rechnungszinses wurde gemäß § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB eine pauschale Restlaufzeit der Versorgungsverpflichtungen von 15 Jahren unterstellt. Für die Bewertung wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eine Rentendynamik von jeweils 2,0 % pro Jahr angenommen. Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren sind um 639.676 Euro geringer als bei Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 2,80 % (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Absatz 6 HGB).

Die **Steuerrückstellungen** sowie die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen **Rückstellungen für Altersteilzeit** sowie für **Jubiläumsverpflichtungen** wurden auf Basis derselben Rechnungsgrundlagen und Bewertungsparameter ermittelt, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde lagen. Abweichend hiervon wurde als Rechnungszins der durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 2,80 % verwendet. Für die Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen wurden alle bereits abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen berücksichtigt. Zur Sicherung des Anspruchs aus Altersteilzeitvereinbarungen sind Guthaben bei einem Kreditinstitut für die Mitarbeiter verpfändet und gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den korrespondierenden Verpflichtungen verrechnet worden.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern, Abrechnungsverbindlichkeiten** sowie die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Wesentlichen Disagioträge auf Namensschuldverschreibungen enthalten, die entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die künftigen Jahre linear verteilt werden.

# Erläuterungen zur Konzernbilanz

## Entwicklung der Aktivposten A, B.I. und B.II. im Geschäftsjahr 2016

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Zu- schreibungen	Ab- schreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.252	724	0	0	230	1.746
<b>B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</b>	1.325	982	9	0	48	2.250
<b>B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	29	0	0	4	25
2. Beteiligungen	53.101	8.746	1.428	0	394	60.025
3. Summe B.II.	53.101	8.775	1.428	0	398	60.050
<b>Insgesamt</b>	<b>55.678</b>	<b>10.481</b>	<b>1.437</b>	<b>0</b>	<b>676</b>	<b>64.046</b>

## Ergänzende Angaben zu den Kapitalanlagen

Das selbstgenutzte Geschäftsgrundstück ist anhand eines auf dem Ertragswertverfahren basierenden Verkehrswertgutachtens bewertet. Die letzte Wertermittlung durch einen sachverständigen Gutachter gemäß § 55 Abs. 3 Satz 1 RechVersV wurde im Jahre 2017 vorgenommen. Der selbstgenutzte Anteil am Buchwert des Geschäftsgrundstücks beträgt zum Bilanzstichtag 864 TEUR.

Die Ermittlung der Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt mit ihrem Ertragswert. Die Wertminderungen der Beteiligungen an der German Access Fund L.P. sowie der Private Capital Pool SICAV SIF Teilfonds XVII in Höhe von insgesamt 0,2 Mio. EUR resultieren jeweils aus den vergleichsweise hohen Anlaufkosten der Investments im Verhältnis zu den noch nicht voll abgerufenen Beteiligungswerten, da die Fees bei derartigen Investments üblicherweise auch bereits während der Investitionsphase auf die vollen Zeichnungsbeträge berechnet werden, die jedoch erst in den kommenden Monaten und Jahren gänzlich abgerufen sein werden. Daher wird davon ausgegangen, dass die Wertminderungen nicht dauerhaft sind, so dass keine Abschreibungen vorgenommen wurden.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Börsenkursen bewertet. Diese Kapitalanlagen sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind in Höhe von insgesamt 8,6 Mio. EUR auf Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt 204,0 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen weit überwiegend aus der Ausschüttung von ordentlichen Fondserträgen und in einem Fall aus temporären Wechselkursschwankungen und

vergleichsweise hohen Anlaufkosten resultieren und voraussichtlich nicht von Dauer waren. Die negativen Bewertungsreserven wurden innerhalb des ersten Quartals 2018 teilweise bereits wieder aufgeholt.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere erfolgt mit dem Renditekurs, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 133,9 Mio. EUR sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte wurden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 0,6 Mio. EUR vorgenommen. Abschreibungen auf den Zeitwert sind in Höhe von 0,5 Mio. EUR auf Anleihen mit einem Buchwert von 25,8 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen sowie sonstige Ausleihungen sind mit dem Renditekurs bewertet, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Abschreibungen auf den Renditekurs sind in Höhe von 7,0 Mio. EUR auf Sonstige Ausleihungen mit einem Buchwert von 166,9 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

## Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil	Eigenkapital 2017	Jahresergebnis 2017
	%	TEUR	TEUR
VERKA Pensionsmanagement GmbH, Berlin	100,00	25	1
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X, Findel-Golf, Luxemburg	3,60	241.208	9.928
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII, Findel-Golf, Luxemburg	1,53	526.400	4.607
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII, Findel-Golf, Luxemburg	1,04	157.984	-4.187
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS, Luxemburg	13,85	36.001	1.258
German Access Fund L.P. (GAF), London, Großbritannien	1,02	96.274	-1073
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG, Düsseldorf	2,53	34.975	1.901
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR), Munsbach, Luxemburg	4,07	131.147	1.493
European Solar Power Fund Nr. 1 GmbH & Co. KG, Grünwald	4,17	193.798	14.422
European Sustainable Power Fund Nr. 2 GmbH & Co. KG, Grünwald	3,33	463.474	20.536

## Anteile an Investmentvermögen

Anlageschwerpunkt	Aktien global	Aktien Europa	Wandelanleihen/Renten gemischt	Staatsanleihen Europa
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2017 TEUR	181.714	29.000	141.796	203.014
Marktwert 31.12.2017 TEUR	189.162	28.862	150.455	207.847
Bewertungsreserve 31.12.2017 TEUR	7.448	-138	8.659	4.833
Abschreibung / Zuschreibung 2017 TEUR	0	0	0	0
Ertragsausschüttungen 2017 TEUR	3.947	0	3.087	4.466
Anlageziel und Anlagekonzept	Positive Aktienperformance (60 % MSCI Europe Select SRI, 40 % MSCI World Select SRI) bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades in Abhängigkeit von der Volatilität mit langfristigem Optionssicherungskonzept, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Positive Performance aus einem Portfolio europäischer Aktien mit Fokus auf dividendenstarken Titeln mit einer Zielrendite von 3,5 % p. a. bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades unter Berücksichtigung einer Wertsicherungsgrenze, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Positive Performance von mindestens 3,5 % p. a. aus einem gemischten Wertpapierportfolio (ca. 40 % in globalen Wandelanleihen einschließlich synthetischer Wandelanleihen bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Vorgabe einer Wertuntergrenze, jeweils ca. 30 % in globalen Unternehmensanleihen und Emerging-Markets-Unternehmensanleihen), Absicherung von Fremdwährungsrisiken, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 4,0 % p. a. aus einem europäischen Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäften, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien
Anteilerückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich

Anlageschwerpunkt	EUR-Unternehmensanleihen	Staatsanleihen Emerging Markets	Timber-Immobilien/ Beteiligungen global
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Luxemburgische SICAF- SIF (Aktiengesellschaft)
Buchwert 31.12.2017 TEUR	169.039	122.120	19.020
Marktwert 31.12.2017 TEUR	186.134	114.736	18.661
Bewertungsreserve 31.12.2017 TEUR	17.095	-7.384	-359
Abschreibung / Zuschreibung 2017 TEUR	0	0	0
Ertragsausschüttungen 2017 TEUR	2.613	4.415	217
Anlageziel und Anlagekonzept	Rendite von mindestens 4,0% p. a. aus einem europäischen Unternehmensanleihen- portfolio mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade- Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 5,0 % p. a. aus einem Emerging-Markets- Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade- Rating und Berücksichtigung von ESG-Ratings, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermin- geschäfte	Partizipation an der positiven Wertentwicklung von Immobilien aus dem Waldsektor in Australien, Finnland und Schottland sowie Generierung von Einnahmen aus der Vermietung bzw. Verpachtung der Immobilien; daneben wird die Teilhabe an den Ergebnissen von Bewirtschaftungs- gesellschaften aus dem Wald- und Forstsektor ermöglicht, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien
Anteilrückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Bei hinreichender Liquidität kurzfristig möglich, ansonsten vertraglich nach spätestens zwei Jahren

## Latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen der Investmentvermögen sowie aus Personalrückstellungen. Passive latente Steuern ergeben sich nur in sehr geringem Umfang. Der zur Berechnung der latenten Steuern ermittelte Steuersatz beträgt 30 %. Der sich hieraus errechnete aktive Überhang an aktiven latenten Steuern wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB nicht aktiviert. Latente Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen gem. § 306 HGB waren nicht zu verzeichnen.

## Eigenkapital

Das Eigenkapital (Verlustrücklage) entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Stand 31.12.2016	21.091
Zuführung aus Jahresüberschuss	548
Stand 31.12.2017	21.639

## Sonstige Rückstellungen

Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Altersteilzeitverpflichtung der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel auf Bankkonten angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (entspricht dem Nennwert); dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Der Buchwert und der Zeitwert des Deckungsvermögens betragen am Bilanzstichtag 30 TEUR.

	TEUR
Altersteilzeitverpflichtungen (Erfüllungsbetrag)	38
Deckungsvermögen	30
Rückstellungen	8

Zinserträge in Höhe von unter 1 TEUR aus dem Deckungsvermögen wurden mit den korrespondierenden Aufwendungen für die Zuführung zur Bruttoreückstellung verrechnet.

## **Andere Verbindlichkeiten**

In den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern sind gutgeschriebene Überschussanteile in Höhe von 14.993 TEUR enthalten; diese entfallen ausschließlich auf besondere Abrechnungsverbände.

Die gutgeschriebenen Überschussanteile wurden im Berichtsjahr mit 0,9 % verzinst.

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als 5 Jahren.

## **Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien auf Namensschuldverschreibungen in Höhe von 13 TEUR enthalten.

# Erläuterungen zur Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

## Gebuchte Beiträge für eigene Rechnung

	TEUR
Laufende Beiträge	33.331
Einmalbeiträge	10.144
	43.475

Die Beiträge betreffen ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und entfallen fast ausschließlich auf Pensionsversicherungen im Kollektivgeschäft. Der Anteil der Einzelversicherungen ist von untergeordneter Bedeutung. Die Beiträge betreffen ausschließlich Verträge mit Gewinnbeteiligung und werden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

## Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	997
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	49
	1.046

## Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen ist der Aufwand aus der Verzinsung von Pensionsrückstellungen sowie von Rückstellungen für Altersteilzeit und Jubiläumsgeld in Höhe von 399 TEUR (Vj. 111 TEUR) enthalten.

## Provisionen und Personalaufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personal-Aufwendungen	Vorjahr	Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	236	203
2. Löhne und Gehälter	3.814	3.961
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	618	647
4. Aufwendungen für Altersversorgung	261	330
5. Aufwendungen insgesamt	4.929	5.140

Davon wurden 906 TEUR (Vj. 734 TEUR) für erbrachte Dienstleistungen weiterbelastet, so dass im Ergebnis 4.234 TEUR (Vj. 4.195 TEUR) bei dem VERKA Konzern verbleiben.

# Sonstige Angaben

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Folgende Tabelle stellt die zum Bilanzstichtag noch offenen Kapital- bzw. Zeichnungszusagen des Konzerns dar:

	Zeichnungs- volumen	Bis 31.12.2017 erfolgte Kapitalabrufe kumuliert	Investitionsstand per 31.12.2017	Offene Kapitalzusage
	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X	10,0	9,0	90	1,0
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII	10,0	8,0	80	2,0
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII	5,0	1,6	32	3,4
Aquila Sachwert-Basisfonds I (Wald) S.A., SICAV-SIF	20,0	19,0	96	1,0
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS	12,9	9,0	70	3,9
UII-Fonds Hotel Nr. 1	25,0	17,1	69	7,9
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG	5,0	2,3	46	2,7
EB - Renewable Energy Fund Emerging Markets	5,0	2,0	40	3,0
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR)	10,0	8,1	81	1,9
German Access Fund L.P.	5,0	2,9	58	2,1
Commerz Real Institutional Smart Living Fund	10,0	1,8	18	8,2
Alpha European Private Dep SA	5,0	2,0	40	3,0
Europe II S.A. SICAV-SIF	10,0	0,0	0	10,0

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantieverträgen und Wechseln bestehen nicht.

## Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt waren bei den einbezogenen Unternehmen 64 Mitarbeiter angestellt, davon 17 Teilzeitkräfte.

## Angaben zum Vorstand und Aufsichtsrat

Dipl.-Math. Ulrich Remmert, Vorstand Versicherungstechnik, Berlin

Dipl.-Kfm. Ewald Stephan, Vorstand Kapitalanlagen, Berlin

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 3.034 TEUR (Vj. 2.910 TEUR) berücksichtigt; die Gesamtbezüge betragen 130 TEUR (Vj. 127 TEUR).

Kredite oder gewährte Vorschüsse an Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates gemäß § 285 Nr. 9 c) HGB bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Der Aufsichtsrat erhielt eine Aufwandsentschädigung von 10 TEUR (Vj. 9 TEUR).

### **Abschlussprüferhonorar**

Im Geschäftsjahr sind für Abschlussprüfungsleistungen 188 TEUR (Vj. 169 TEUR) als Aufwendungen erfasst. Außerdem wurden sonstige Leistungen in Höhe von 242 TEUR (Vj. 78 TEUR) erbracht.

Berlin, den 25. April 2018

Der Vorstand

Ulrich Remmert

Ewald Stephan

# Konzern-Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

		2017
		EUR
1.	Periodenergebnis Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	548.354,48
2.	Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen (netto)	-11.776.118,97
3.	Veränderungen der Depotforderungen und -Abrechnungsforderungen	1.076,91
4.	Veränderungen der Depotforderungen und -Abrechnungsverbindlichkeiten	-6.231,45
5.	Veränderungen der sonstigen Forderungen	-1.683.396,12
6.	Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	-264.929,90
7.	Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	28.763.451,89
8.	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	335.709,67
9.	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	-1.677.765,41
10.	Ertragssteueraufwand/-ertrag	647.976,62
11.	Ertragssteuerzahlungen	-630.155,16
<b>12.</b>	<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>14.257.972,56</b>
13.	Auszahlungen für Zugänge von Sachanlagen	180.836,10
14.	Auszahlungen für Zugänge von immateriellen Vermögensgegenständen	723.740,79
<b>15.</b>	<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-904.576,89</b>
<b>16.</b>	<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
17.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus Ziffern 12,15 und 16)	13.353.395,67
18.	Finanzmittel am Anfang der Periode	4.148.868,30
<b>19.</b>	<b>Finanzmittel am Ende der Periode <sup>1)</sup></b>	<b>17.502.263,97</b>

# Konzern-Eigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2017

	Eigenkapital des Mutterunternehmens		Konzerneigenkapital
	Verlustrücklage gem. § 193 VAG	Eigenkapital	
	EUR	EUR	EUR
Stand am 31.12.2016	21.090.478,61	21.090.478,61	21.090.478,61
Konzernjahresüberschuss	548.354,48	548.354,48	548.354,48
Stand am 31.12.2017	21.638.833,09	21.638.833,09	21.638.833,09

## Erläuterungen zum Eigenkapitalspiegel

Das erwirtschaftete Konzerneigenkapital umfasst ausschließlich die Verlustrücklage im Sinne des § 193 VAG. Die Verlustrücklage ist grundsätzlich nicht zur Ausschüttung vorgesehen.

# Bestätigungsvermerk

An den VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG, Berlin

## *Prüfungsurteile*

Wir haben den Konzernabschluss des VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG, Berlin, und seiner Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht des VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

## *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

## *Sonstige Informationen*

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Konzerngeschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses, des geprüften Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

#### *Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht*

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

#### *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 25. April 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl  
Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die laufende Geschäftsführung des Vorstandes intensiv überwacht und sich in vier Sitzungen mit dem Vorstand beraten. Zwischen den Sitzungen ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand durch schriftliche Berichte zur Geschäftslage und zu anderen aktuellen Entwicklungen der Konzernunternehmen informieren. Er hat den Vorstand regelmäßig entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben überwacht, beraten und sich in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen angemessen einbinden lassen. Aufgrund des turnusgemäßen Endes der Amtszeit des Aufsichtsrates wurden die Mitglieder des Gremiums durch die Vertreterversammlung für eine neue Amtszeit gewählt. Der Aufsichtsrat ist nach dieser Wahl anschließend in einer weiteren Sitzung zur Konstitution des Gremiums zusammengekommen. Zur Unterstützung seiner Tätigkeit hat der Aufsichtsrat Ausschüsse eingerichtet. Der Strategieausschuss beschäftigt sich mit Fragestellungen zur zukünftigen strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Dieser Ausschuss tagte zweimal im Berichtsjahr. Im Vermögensanlageausschuss wird über die aktuelle Kapitalanlagepolitik beraten. Dieser Ausschuss tagte einmal im Berichtsjahr.

Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat eingehend mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittelfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die aktuellen und anstehenden wesentlichen Projekte und Vorhaben hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt. Geschäfte, die auf Grund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Vorschriften der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten. Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich hinterfragt, im Plenum diskutiert und beurteilt. Dies schloss die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement ein. Im Mittelpunkt der Beratungen des Plenums des Aufsichtsrates standen Fragen des Wettbewerbs, der Produktgestaltung, des Vertriebs sowie der Umsatz-, Kosten- und Ertragsentwicklung sowie insbesondere der Notwendigkeit zur Bildung von Zinszusatzreserven und deren Entwicklung in den nächsten Jahren.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht 2017 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kapelle-Ufer 4, 10117 Berlin, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Abschlussunterlagen und der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. In der Sitzung am 17. Mai 2018 hat der Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtet. Von den Prüfungsergebnissen hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Die Erläuterungen des Vorstandes ergaben keine Einwendungen und der Aufsichtsrat erklärte sich mit den Ausführungen des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2017 und dem vorgelegten Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht einverstanden. Der Aufsichtsrat hat sich mit dem vom Vorstand erstatteten Konzernlagebericht und dem Konzernabschluss 2017 intensiv befasst, die Unterlagen eingehend studiert und geprüft. Der Aufsichtsrat billigt den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2017.

Berlin, den 17. Mai 2018

#### **Der Aufsichtsrat**

**Dr. Jörg Antoine**  
Vorsitzender

**Dr. Volker Knöppel**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Christian Ferchland**  
Mitglied

**Hartmut Fritz**  
Mitglied

**Helge Johr**  
Mitglied

**Karin Kessel**  
Mitglied

**Dr. Rolf Krämer**  
Mitglied

**Dr. Rainer Obrock**  
Mitglied

**Anke Poersch**  
Mitglied

**Dr. Michael Schmidt**  
Mitglied

**Dr. Heidrun-Ingeborg Schnell**  
Mitglied

**Mario Wagner**  
Mitglied





**VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG**

Schellendorffstraße 17/19

14199 Berlin

Tel: +49 30 897907-0 | Fax: +49 30 8247213

Mail: [info@verka.de](mailto:info@verka.de) | Internet: [www.verka.de](http://www.verka.de)